

Die Volksmacht erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis einschließlich der illustrierten Beilagen „Die neue Welt“ und „Für unsere Frauen“ monatlich 75 Pfg., vierteljährlich 2,25 Mk., einschließlich Trägerlohn. In den Abholstellen monatlich 60 Pfg. Durch die Post bezogen vierteljährlich 2,25 Mk., einschließlich Postlohn, d. Einzelnummer 5 Pfg.

Volksmacht

Anzeigenpreise:
Die 6spaltige Beilagenzeile 20 Pfg., für auswärts 30 Pfg., die 4spaltige Beilagenzeile 10 Pfg., Arbeitsmarkt und Wohnungsanzeigen 10 Pfg. Anzeigen mit Platzbestimmung werden besonders berechnet.
Bei Wiederholungen Rabatt laut Tarif

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Redaktion und Expedition
Paradiesgasse Nr. 32

Publikations-Organ der Freien Gewerkschaften

Telephon für Redaktion und Expedition 3290

Beilagen: Die neue Welt, illustriertes Unterhaltungsblatt
Für unsere Frauen mit illustrierter Modenzeitung

Nr. 39

Danzig, Freitag den 17. April 1914

5. Jahrgang

Die Demokratisierung der dänischen Verfassung

Aus einem Artikel des Genossen Stauning, des ersten Vizepräsidenten des Folkething, der dänischen Volksvertretung, im Vorwärts geht hervor, daß die Revision der dänischen Verfassung jetzt gesichert ist. Eine Mehrheit sowohl im Folkething wie in der ersten Kammer, dem Landsting, ist gesichert. Im Jahre 1848 erhoben sich Bauern, Proletarier, Kleinbürger und auch ein beträchtlicher Teil der Bourgeoisie wie in Deutschland so auch in Dänemark gegen den Absolutismus. Die Herrschaft des Königs und seiner Beamten stand auch dort fast völlig im Dienste der Großgrundbesitzer. Der Erfolg der Revolution war die Einführung einer Verfassung. Zur Einführung neuer Steuern und Geseze, zur Genehmigung der Staatsausgaben bedurfte es nunmehr der Zustimmung des Folkething und des Landsting. Zu beiden war das Wahlrecht gleich, geheim und direkt, beinahe auch allgemein für alle Männer. Freilich — den besitzenden Klassen wurde von vornherein ein weitgehender Einfluß dadurch gesichert, daß niemand wählen durfte, der nicht mindestens 30 Jahre alt war. Da reiche Leute im allgemeinen älter werden als arme, war so der Prozentsatz der Reichen innerhalb der Wählerschaft viel höher als im Volke. Außerdem schloß man noch die männlichen Dienstboten in das Alter von mehr als 30 Jahren — also viele werden es nicht gewesen sein — vom Wahlrecht aus. Zum Folkething durfte jeder gewählt werden, der mindestens 25 Jahre alt war. Also auch, wer noch nicht wählen durfte, konnte gewählt werden. Zum Landsting durfte nur gewählt werden, wer mindestens 40 Jahre alt war und eine bestimmte, sehr hohe Steuer zahlte. Immerhin hatten dieselben Wähler den Landsting wie den Folkething zu wählen.

Im Jahre 1866 war es den Konservativen, der Interessenvertretung der Großgrundbesitzer und Großkapitalisten, gelungen, eine Mehrheit im Folkething zu erlangen. Sie benutzten die Gelegenheit zu einer Verschlechterung des Wahlrechts zum Landsting. Von jetzt ab bestand der Landsting aus 66 Mitgliedern. Von diesen sind 12 auf Lebenszeit vom König ernannt; da der König zur Ernennung die Unterschriften der Minister gebraucht, werden diese 12 tatsächlich von der Regierung ernannt. Die übrigen 54 werden durch ein sonderbares Wahlverfahren gewählt. Ein Mann, der mindestens 30 Jahre alt und nicht Dienstbote ist, darf wählen. Aber das Wahlverfahren ist, wenn auch geheim, so doch indirekt. Die Wähler wählen Wahlmänner. Aber die Wähler in ihrer Gesamtheit wählen nur die Hälfte der Wahlmänner. Die andere Hälfte wird von den Höchstbesteuerten gewählt. In jeder Landgemeinde wird auf Grund allgemeiner Wahlen je ein Wahlmann gewählt; außerdem ist der Höchstbesteuerte ohne Wahl von selbst Wahlmann. In den Städten wählen die Höchstbesteuerten ebenso viel Wahlmänner, wie bei den allgemeinen Wahlen gewählt werden. Die Wahlmänner wählen die Abgeordneten zum Landsting auf Grund des Proportionalwahlverfahrens. Nur auf die Wahl der Hälfte der Wahlmänner hat das Proletariat Einfluß. Es ist klar, daß sich das Landsting bisher als Hemmschuh für den Aufstieg des Proletariats erwiesen hat.

Im Jahre 1884 verloren die Konservativen die Mehrheit im Folkething, welcher konservativen Regierung nunmehr den Stat, die Mittel zum Fortregieren, verweigerte. Es trat der Verfassungsbruch, der Staatsstreich, ein. Nicht weniger wie 17 Jahre lang währte der Verfassungskonflikt. Man ließ die Abgeordneten im Folkething reden, aber kümmerte sich nicht um ihre Beschlüsse. Der Folkething lehnte alle Staatsausgaben ab, die Regierung piff, wie einst Bismarck, auf die fortschrittliche Mehrheit des Dreiklassenparlaments, auf die Volksvertretung, und regierte unter Hohngelächter weiter. Aber die Folkethingswahlen zeigten, daß die Konservativen an Anhang immer mehr verloren und so zusammenschrumpften, daß der König seinen Thron risikierte, wenn er fortfuhr, sich nur auf die Konservativen zu stützen. Im Jahre 1901 fügte sich König Christian angsterfüllt dem Folkething; seitdem herrscht parlamentarisches Regime in Dänemark und die Mehrheit des Folkething bestimmt, welche Partei das Ministerium zu stellen hat. Im Jahre 1901 hatten die Liberalen 42 von den 114 Mandaten des Folkthings. Die Liberalen zeigten sich als die Interessenvertretung der wohlhabenden Grundbauern und der mittleren Bourgeoisie. Infolge ihrer volksfeindlichen Maßnahmen verloren die Liberalen einen immer größeren Teil ihrer proletarischen Wähler; die Sozialdemokratie verdrängte mehr und mehr den Liberalismus bei den Wahlen zum Folkething.

Im Jahre 1912 machten nun die Liberalen einen Schachzug, um der sozialdemokratischen Agitation die Spitze bieten

zu können und auch mit den bürgerlichen Demokraten fertig zu werden. Eine radikale Partei hatte sich nämlich längst gebildet und vertat die Interessen der Kleinbauern und Kleinbürger. Die Liberalen entdeckten ihr volksfreundliches Herz und gaben den demokratischen Forderungen der Sozialdemokratie bis zu einem gewissen Grade nach. Sie empfahlen, bei den Wahlen zum Folkething das Alter für das Recht zum Wählen von 30 auf 25 Jahre herabzusetzen, auch den Dienstboten das Wahlrecht zu gewähren und das Frauenwahlrecht einzuführen. Einstweilen scheiterte die Reform an der konservativen Mehrheit im Landsting.

Am 20. Mai 1913 fanden Neuwahlen statt, durch welche die Macht der Sozialdemokratie gewaltig stieg. Gewählt wurden 7 Konservative, 44 Liberale, 32 Sozialdemokraten und 31 Radikale. Die Liberalen hatten weder allein noch mit den Konservativen die Mehrheit. Die Radikalen verfügten über eine Majorität, solange sie von der Sozialdemokratie unterstützt wurden. Die Radikalen fanden diese Unterstützung, nicht ohne daß die Sozialdemokratie ihre Bedingungen stellte. Herr Zahle, der Führer der Radikalen, wurde Ministerpräsident; er bemühte sich ehrlich, seine Versprechungen zu halten und dem Staat eine demokratische Richtung zu geben.

Im Folkething war für eine ziemlich demokratische Reform eine Mehrheit sicher. Sie wäre ohne die Liberalen vorhanden gewesen, und auch die Liberalen sahen sich genötigt, mitzumachen, um nicht ihren letzten Anhang im Volke zu verlieren. Es fragte sich nur, wie der Widerstand des Landsting überwunden werden sollte, denn in ihm hatten die Konservativen zwei Stimmen Mehrheit, 34 gegen 32 der Liberalen, Radikalen und Sozialdemokraten. Nun hat aber im Landsting nach dem dänischen Gesetz der Präsident nicht das Recht mitabzustimmen. Der konservative Präsident hatte keine Stimme; immerhin standen noch 33 Reformgegner 32 Reformfreunden gegenüber. Da starb einer der vom König ernannten Landstingabgeordneten, ein Konservativer, und an seiner Stelle wurde auf Verlangen des Ministeriums ein Radikaler ernannt, so daß die Reformfreunde nunmehr 33, die Konservativen nur 32 Stimmen im Landsting haben.

Es scheint nun so, als ob die vom Folkething und von der Kommission des Landsting angenommene Reform bald Annahme finden wird. Danach hat die Sozialdemokratie von den Liberalen und Radikalen einen erheblichen Fortschritt erlangt.

Zum Folkething sollen alle Männer und Frauen, die mindestens 25 Jahre alt sind, einschließlich der Dienstboten, das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht bekommen. Die Wahl erfolgt in 120 Wahlkreisen nach dem Mehrheitsystem. Außerdem werden 20 Mandate derart verteilt, daß im Parlament möglichst jede Partei so viel Mandate bekommt, wie ihrem Anhang im Volke entspricht. Es wird also ein Erfolg für das von der Sozialdemokratie geforderte, unsern Lesern von den Gewerbetagswahlen her bekannte Proportionalwahlrecht geboten.

Der Landsting bleibt als erste Kammer bestehen. Auch für dieses Parlament soll allgemeines, gleiches, geheimes, aber leider indirektes Wahlrecht für Männer und Frauen bestehen. Wer wählen darf, darf auch gewählt werden. Die Wahlmänner sollen nach dem Proportionalwahlrecht gewählt werden, ebenso die Abgeordneten von den Wahlmännern. Wählen soll freilich zum Landsting künftig nur dürfen, wer mindestens 35 Jahre alt ist: nur wer zur Zeit des Inkrafttretens des neuen Gesetzes mindestens 30 Jahre alt ist, darf noch zum Landsting wählen. Das indirekte Wahlsystem und das hohe Wahlalter zum Landsting ist den Proletariern ungünstig; immerhin werden die Proletarier künftig bei den Folkethingswahlen den maßgebenden Einfluß zu verschaffen verstehen. Allerdings darf eine Verfassungsänderung in Dänemark nur in Kraft treten, wenn sie von zwei Folkethingen angenommen worden ist. Das heißt: einmal muß noch nach dem alten System zum Folkething gewählt werden. Der Folkething wird deshalb aufgelöst und noch einmal nach dem alten System zustande kommen. Dann wird die Verfassungsreform endgültig beschlossen, der Folkething sofort wieder aufgelöst und nach dem neuen System erneut gewählt werden. Der Einfluß der Arbeiterklasse auf Steuern, Einrichtungen und Geseze des dänischen Staates wird gewaltig steigen, während Preußens Proletariat sich der Furcht der Dreiklassenmacht fügen und von der Polizei Schulentlassungsfeiern der Arbeiterjugend gewaltig sprenken lassen müssen.

Der Fall des Generalmajors Voß

Die Tragödie zweier Burschen.
Verschleierung statt Aufklärung.

In Reife warfen sich am Morgen des 25. Februar die beiden Soldaten Weiß und Schremer, Burschen des Generalmajors Voß, vor einen Zug und wurden getötet. Diesem furchtbaren militärischen Drama war ein Konflikt zwischen den Soldaten und dem Generalmajor vorausgegangen. Die Burschen, spät zu Bett gegangen und todmüde, waren von dem Generalmajor geweckt worden, indem er ihnen kaltes Wasser über den Kopf goß, und in der begreiflichen Erregung darüber hatten sich die so Geweckten an Voß vergreifen. Es wurden in der Folge noch allerhand erbauende Dinge über das Burschenleben bei dem Generalmajor mitgeteilt. Ein Zentrumsblatt wies darauf hin, daß der Burschenwechsel bei diesem Vorgehen ein außerordentlich großer gewesen, daß die Soldaten schwer zu leiden gehabt hätten unter den Mißgriffen einer Haushälterin usw. Um der Sache auf den Grund zu gehen, richtete der Abg. Erzberger eine „Kleine Anfrage“ an den Reichstanzler, in der er um Auskunft über das Ergebnis der militärgerechtlichen Untersuchung des Vorfalles ersuchte. Der Staatssekretär Dr. Delbrück hat nun in Vertretung des Reichstanzlers folgende Antwort auf die Frage Erzbergers erteilt:

„Die Stabsordnanz Husar Weiß, Husaren-Regiment Nr. 6, und der Bursche, Musketier Schremer, Infanterie-Regiment Nr. 62, beide kommandiert zum Generalmajor Voß, Kommandeur der 24. Infanterie-Brigade zu Reife, haben in der Frühe des 25. Februar 1914 Selbstmord verübt, nachdem Weiß tags zuvor mittels einer Waffe den Generalmajor Voß angegriffen und erheblich verletzt hatte. Der Grund zum Selbstmord wird bei Weiß wegen der Tat gewesen sein, wobei bemerkenswert ist, daß der General, wie die Vernehmung der Angehörigen und Kommanden der Burschen ergeben hat, diesen bisher stets ein freundlicher und wohlwollender Vorgesetzter gewesen war. Möglicherweise ist auch Furcht vor schwerer Strafe der Grund zum Selbstmord gewesen, obwohl eine solche wegen des Angriffs auf den General nicht sicher zu erwarten war. Die gerichtlichen Feststellungen lassen es nämlich als nahezu ausgeschlossen erscheinen, daß der Heberfall vorher geplant gewesen ist. Es muß vielmehr mit der Wahrscheinlichkeit gerechnet werden, daß in der halb finsternen Stube Weiß den General, der mit Schlafrock bekleidet war und noch niemals vorher früh die Burschenstube betreten hatte, bei seinem Angriff überhaupt nicht erkannt, sondern, aus tiefem Schlaf durch Bespritzen des Kopfes mit etwas Wasser geweckt, in Schrecken oder Schlaftrunkenheit auf den vermeintlichen Eindringling eingeschlagen hat. Ob und in welcher Weise Schremer sich etwa an den Tätschelten beteiligt hat, vermag General Voß nicht zu bezeugen, da er bei dem von hinten verübten Angriff des Weiß sich sofort gegen diesen wandte. Wenn Schremer an dem tödlichen Angriff nicht beteiligt gewesen ist, so hat er sich mit Weiß zusammen wohl deshalb des Lebens angenommen, weil er mit Rücksicht auf seine in der ersten Bestürzung begangene Schuld befürchtete, für den Mitschuldigen des Weiß gehalten zu werden. Vielleicht war er auch schon vorher aus Gram über eine ihm angehängte Bestrafung zum Selbstmord entschlossen. Eine Bestrafung sowohl, wie die Ablösung des Schremer als Burschen und des Weiß als Stabsordnanz sollte erfolgen, weil sie sich in der Nacht vom 21. zum 22. Februar ohne Urlaub herumgetrieben und eingelassen hatten, daß sie sich mehrfach in gleicher Weise vergangen hätten. Schremer hatte bereits nach Androhung der Bestrafung Selbstmordgedanken geäußert.

Zu einem Einschreiten gegen irgend jemand hat die unter Berücksichtigung aller überhaupt in Betracht kommenden Fragen geführte gerichtliche Untersuchung des tiefbedauerlichen Vorfalles nicht den geringsten Anlaß gegeben. Die Beerdigung der beiden Soldaten fand nicht in der Heimat, sondern im Garnisonorte statt, weil die Eltern die Überführung der Leichen nicht wünschten. Die Frage ist mit den Angehörigen mündlich durch die zuständige Dienststelle erörtert worden; in einem Falle mit den Eltern selbst, im anderen mit dem Bruder des Soldaten, der im Auftrag der Mutter handelte.

Die Mutter Schremers hat indessen nachträglich (13. März 1914) um die Überführung der Leiche nach der Heimat gebeten. Dieser Bitte wird stattgegeben werden.

Die ganze Darstellung ist offensichtlich darauf berechnet, alles in schönster Ordnung erscheinen zu lassen. Weder wird die Frage beantwortet, wieviel Burschen der Generalmajor in der letzten Zeit gehabt hat, noch die Frage, ob die Soldaten nicht durch allerhand vorausgegangene Dinge bis zum Meißeln gereizt waren, ehe sie sich an dem General vergreifen. Freilich, die beiden Soldaten sind tot, sie können nicht mehr Zeugnis ablegen, und man kann nun verschweigen, was zu sagen für die Beteiligten unangenehm wäre. Aber glauben wird kein Mensch, daß sich ein paar junge kräftige Menschen das Leben nehmen aus Gram oder Furcht vor ein paar Tagen Arreth, ebensowenig wie die phantastische Erzählung Glauben findet, daß der Soldat Weiß auf den General losgeschlagen in der Absicht, einen nächtlichen Eindringling abzuwehren. Reine Soldaten sind sicher darüber nicht im Zweifel gewesen, daß sie einen General durchgehauen hatten, und dieser Umstand hat ja gerade darauf hin, daß außergewöhnliche Dinge vorgegangen sein müssen, bevor die Soldaten sich tödlich an ihrem Vorgesetzten, noch dazu einem so hohen Vorgesetzten, vergreifen. Die Erwägungen drängen sich jedem auf, der halbwegs mit militärischen Einrichtungen Bescheid weiß.

Ein grelles Schlaglicht auf das herrschende System in Elßaß-Lothringen

Wird eine Beamtenbeförderung, die schon bekannt geworden ist. Es ist die Verlegung des Regierungsrats Niedermann von der Kreis- und Polizeidirektion in Mülhausen i. E. nach dem Bezirkspräsidium für Elßaß-Lothringen in Metz. Regierungsrat Niedermann ist jener Beamte, auf dessen Maßnahmen und Berichte die Polizeiaufgebote und -absperungen bei dem Bau- und Arbeiterstreik am Nordbahnhof in Mülhausen i. E. im Sommer vorigen Jahres zurückgeführt werden, welche Massenaufmärsche zur Folge hatten und dann am 7. Juli 1913 in Dornach zu der Erschießung zweier junger Arbeiter durch Gendarmen führten. Anlässlich der sozialdemokratischen Interpellation über diese Vorgänge charakterisierte der Landtagsabgeordnete von Dornach, Genosse Martin, diesen Regierungsrat durch eine Reihe eigener Ausprüche des Herrn. So hatte er am Tage nach der Erschießung der beiden Arbeiter zu dem Arbeitersekretär Mich in Mülhausen gesagt: „Im Vertrauen gesagt, wissen Sie, Herr Mich, ich hätte eher schiessen lassen.“ Und zu einem Sozialisten sagte er am gleichen Tage: „Heute Abend geht es da draußen noch ganz anders zu, heute Abend gibt es mindestens 100 Tote!“ Und über die Regierung selbst äußerte er sich später, als die Generaldirektion der Reichseisenbahnen in Elßaß-Lothringen zur gütlichen Beilegung des Konfliktes auf Grund der Tarifhöhe des deutschen Bauarbeitersverbandes die Hand bot, wörtlich vor Zeugen: „Dah

die Bande Bulach und Genossen

schlopp macht, war noch zu verstehen, aber daß die Reichsregierung nachgibt, das ist mir unverständlich.“ „Bulach und Genossen“, das war die damalige Straßburger Regierung, die aus Anlaß der Saberner Vorgänge inzwischen ihren Abschied genommen hat. Auf die vorsichtige Ausweisung dieser Auslassungen des Herrn Regierungsrats über seine höchsten Vorgelegten bestätigten in jener Sitzung sofort mehrere Abgeordnete dem Unterstaatssekretär Mandel, daß dies in der Tat die Sprache des unternehmenden Herrn sei. Und die neue Regierung beförderte den Mann von der Kreisdirektion zum Bezirkspräsidium. Unter dem neuen Sabernkurs kann er es noch weit bringen.

Das neue Ministerium in Japan

Aus Tokio meldet die bürgerliche Presse:

Die Liste des neuen Kabinetts ist Mittwoch nachmittag dem Kaiser unterbreitet worden. Sie ist noch nicht amtlich veröffentlicht worden; doch glaubt man, daß sich das Ministerium folgendermaßen zusammensetzen werde:

Vorsitz und Inneres: Okuma; Aeußeres: Baron Kato; Finanzen: Wakatsuki; Marine: Admiral Tsubo; Krieg: General Ota; Justiz: Sasaki; Unterrichts: Schiba; Verkehr: Taketomi; Handel: Discount Dura. Die Mitglieder des Kabinetts gehören zwei Parteien des Abgeordnetenhauses an, der Dschidai- und der Fideleipartei, die zu unterstützen sich die Reformpartei verpflichtet hat.

Die Götter dürsten

Roman aus der französischen Revolution von Anatole France

Die Volksmenge folgte daraus, daß der, welcher den Dieb verteidigte, ein Mitschuldiger war, und schon forderten Stimmen die lange Bestrafung der beiden Ritterer. Gamelin trat für Brotteaux ein, und die Älftigen schlugen vor, alle drei nach dem Bezirksbau zu schicken.

Da plötzlich rief das lächelnde Mädchen frohlockend, sie hätte ihre Worte wieder. Nun wurde sie mit hochgeheißer Überschwung und man drohte ihr, sie wie eine Nonne öffentlich durchzuprügeln.

Der Mönch sagte zu Herrn Brotteaux: „Ich danke Ihnen für Ihren Beistand. Mein Name hat wenig zu bedeuten, doch ich will ihn Ihnen nennen. Ich heiße Louis de Longuemare. Ich bin allerdings Ordensbruder, aber kein Kapuziner, wie die Weiber da sagten. Welt gefällt ich im Ordensgeistlichen der Verwahrheit aus denen mancher Kirchenlehrer und heilige hervorging. Der Ursprung dieses Ordens reicht weit über den heiligen Karl Borromeus hinaus; als sein wahrer Gründer ist der Apostel Paulus anzusehen. Dessen Namenszug unter Wappen steht. Ich mußte mein Kloster verlassen, das jetzt Sitz des Bezirks vom Bonn-Neuf ist und weltliche Kleidung anlegen.“

„Mein Vater“, erwiderte Brotteaux mit einem Blick auf den langen groben Seinenrock des Ordensgeistlichen. „Ihr Ansehen bezeugt mir, Herr, daß Sie Ihren Stand nicht verleugnet haben. Man glaubt eher, daß Sie Ihren Orden reformiert als verlassen haben. Und in diesem höflichen Auftreten liegen Sie sich ganz unangenehm den Schmähungen des göttlichen Töbels aus.“

„Ich kann doch nicht“, erwiderte der Mönch, „meinen blauen Rock tragen wie ein Lamm.“

„Mein Vater, was ist von Ihrem Ansehen gesagt, geschieht, um Ihren Charakter zu ehren und Sie vor den Gefahren, die Sie laufen, zu warnen.“

„Im Gegenteil, mein Herr, Sie müßten mich zur Bekämpfung meines Glaubens anfeuern. Denn ich fürchte mich nur zu leicht vor Gefahr. Daß ich meine Rute abgelegt habe, ist ein Akt der Unabwägung. Ich möchte wenigstens das Haus nicht verlassen, in dem ich durch Gottes Gnade, so viele Jahre lang ein heiliges, unberührtes Leben geführt habe. Man erlaubt mir, das zu sagen. Ich verliere meine Zelle, während Richter und Kirche in eine Art Kothaus im kleinen, das sogenannte Bezirksbau verwandelt wurden. Ich leh, mein Herr,

Die Seignurpartei behält im Parlament die Majorität. Man glaubt, daß dies eine Zufälligkeit des Parlamentarismus sei und daß die Wahlen die Verdrängung der Seignurpartei zur Folge haben werde. Das Kabinett ist wahrscheinlich das populärste seit Errichtung der Verfassung. Es besitzt die einmütige Unterstützung der Presse und verfügt über das Vertrauen des Publikums. Die Seignurpartei zeigt ein weiches Stielen. Der Premierminister Okuma verspricht wirtschaftliche Reformen und praktische Neuerungen.

Die Mitglieder des Kriegesgerichts, das gegen die in den Mülhausenband verurteilten Offiziere verhandelt soll, sind nunmehr ernannt worden.

Das bisherige Ministerium vertrat die Interessen der Marineoffiziere. In dem jetzigen Ministerium überwiegt die Gruppe, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, die Interessen der Offiziere des Landheeres zu wahren. Die Seignurpartei ist die liberale Partei, die Interessenvertretung der Bourgeoisie. Ihre Mitglieder, im Abgeordnetenhaus sind bestechlich. Jede Abkehrung der Regierung bilden sie, wenn sie dafür bezahlt werden.

Mit dem Florentin hat es folgende Bewandnis: Am 20. Januar dieses Jahres wurde vor dem Landgericht Berlin III gegen Karl Richter, einen früheren Angestellten der Filiale Tokio der Siemens-Schuckert-Werke, wegen Diebstahls und versuchter Erpressung verhandelt. Richter hatte der Firma Dokumente entwendet, die, wie sich aus der Berliner Gerichtsverhandlung ergab, bewiesen, daß sich viele hohe Marineoffiziere von der Firma haben bestechen lassen.

Richter hat leinzeit die Urkunden, welche die Bestechlichkeit hoher Marineoffiziere bewiesen, an Herrn Andre Prosen verkauft. Dieser Herr ist Vertreter der Agentur Reuter, des bekannten Londoner Telegraphenbureaus in Japan. Von diesem Prosen kaufte die Firma Siemens die Urkunden für eine halbe Million Mark zurück. Als Vermittler für diesen Handel wirkten der japanische Polizeiminister, der Minister des Innern und ein Dolmetscher der deutschen Volkshaus in Tokio.

Wegen des Diebstahls und der Erpressung hatte die japanische Justiz Reuter vorher verhaftet. Jetzt, da die Firma Siemens die fatalen Dokumente zurückbekommen hatte, ließ die japanische „Rechtspflege“ den Erpresser wieder frei, weil sie fürchtete, der Mann würde allerlei ausplaudern, wenn man ihm in Japan den Prozeß machte.

Da diese Tatsachen im Parlament nachgewiesen wurden, blieb dem Ministerium nichts anderes übrig, als sein Abschiedsgesuch einzubringen.

Eine Denunziation gegen eine geplante internationale Frauentemonstration in Berlin

Die Post leistet sich wieder einmal eine Denunziation. Nachdem das Scharfmacherblatt mitgeteilt hat, daß am 21. April in der „Neuen Welt“ in Berlin neben den Genossinnen Zeitlin und Zieg die Genossinnen Popp und Bosched aus Wien und außerdem Genossinnen aus Holland, Rußland, England, Frankreich und der Schweiz reden sollen, sagt das ehrenwerte Organ:

Es dürfte angebracht sein, daß sich die zuständige Behörde etwas näher mit dieser internationalen Kundgebung beschäftigt. Das Auftreten ausländischer Sozialisten oktraten in politischen Verhandlungen ist in Preußen bekanntlich nicht statthaft, und bisher wurde in solchen Fällen immer mit Ausweisung gegen die tätigen Ausländer vorgegangen.

Es genügt, diese Ankündigung tiefer zu hängen und es lohnt auch nicht, Klärern wie der Post gegenüber darauf hinzuweisen.

Ich sah die Symbole der heiligen Wahrheit ausmeißeln, sah den Namen des Apostels Paulus durch eine Sträflingsmühe erstellt. Manchmal wachte ich sogar den Beratungen des Bezirks bei und hörte erstaunliche Verirrungen ausprechen. Schließlich verließ ich die einmütige Stille und lebe seitdem von der Pension von hundert Pistolen, die mir die Nationalversammlung gewährt. Ich haue in einem Stall, dessen Pferde für das Heer requiriert worden sind. Dort lese ich die Messe vor den wenigen Frommen, welche die Ewigkeit der Kirche Jesu Christi bezeugen.

„Und ich mein Vater“, antwortete der andere, „ich heiße, wenn Sie es wollen wollen, Brotteaux, und war ehemals Zöllpächter.“

„Mein Herr“, entgegnete der Vater Longuemare, „ich weiß durch das Beispiel des heiligen Mathäus, daß auch ein Zöllner ein gutes Wort reden kann.“

„Bürger Brotteaux“, sprach Gamelin dazwischen, „bewundern Sie doch dieses Volk, das mehr nach Gerechtigkeit als nach Brot hungert. Ein jeder war hier bereit, seinen Maß auszugeben, um den Dieb zu züchtigen. Diese armen Männer und Frauen, die so darben müssen, sind von strengster Ehrlichkeit und besitzen kein Unrecht.“

„Aberdies“, schrie Gamelin Brotteaux ein, „hätten diese Leute in ihrem wilden Verlangen, den Dieb aufzukäufen, auf ein Haar dem guten Ordensbruder, seinem Verteidiger und dessen Verteidiger übel mitgespielt. Ihr eigener Geiz und das selbstmüßigen hängen an ihrem Besitz trieb sie dazu an. Der Dieb, der sich an einem vergriß, bedrohte alle; durch seine Bestrafung schützten sie sich vor ihm... Mebrigens mögen die meisten dieser Handwerker und Hausfrauen wohl ehrlich sein und haben und Gut des Nächsten achten. Diese Gefühle sind ihnen von Vater und Mutter von klein auf richtig eingebläut worden...“

Gamelin verhehlte dem alten Brotteaux nicht, daß er diese Sprache eines Philosophen für unwürdig hielt.

„Die Tugend“, sagte er, „ist dem Menschen angeboren. Gott hat ihren Keim in die Menschenherzen gelegt.“

Der alte Brotteaux war Atheist und sog sich aus seinem Unglauben eine Rute von Genüssen.

„Ich merke, Bürger Gamelin“, sagte er, „daß Sie auf Erden revolutionär, in dem Birge des Himmels jedoch konservativ, ja reaktionär sind. Mit Robespierre und Marat steht es ebenso. Und ich finde es seltsam, daß die Franzosen, die keinen sterblichen König mehr dulden, durchaus den unsterblichen behalten wollen. Denn was ist die Bakille, ja selbst das hochmütigste Gericht gegen die Hölle? Die Menschheit schafft sich ihre Götter nach dem Bilde ihrer Tyrannen und Sie verwerfen das Original, behalten aber den Abklatsch!“

daß in Preußen „bekanntlich“ kein Gesetz besteht, daß von vornherein Ausländern die rednerische Teilnahme an Versammlungen verbietet. Wenn die preußische Polizei bisher vielfach den Wünschen der Post entsprach, erlangte dadurch die Polizeipraxis noch lange keine gesetzliche Grundlage.

Politische Tagesübersicht

Deutschland

Berlin, 15. April. Der Entwurf über die gesetzliche Regelung der Verhältnisse der Altpensionäre und des Rentnertages wird im Bundesrat noch vor dem Zusammentritt des Reichstages verabschiedet werden und dem Reichstage am 28. April bereits vorliegen. Nach den Dispositionen des Reichstages will man in der letzten Aprilwoche die erste Lesung aller noch nicht beratenen Gesetzentwürfe als die Tagesordnung setzen, darunter die Novelle über die Neuordnung des Gastwirtschafts, das Gesetz über die Kinos, die Regelung der Schundliteratur und das Altpensionärgesetz. Am 4. Mai wird die Staatsberatung fortgesetzt werden, und zwar zunächst der Etat des Reichskanzlers und des Auswärtigen Amtes. Dann folgt der Militäretat. Man hofft, den Etat bis zum 16. Mai verabschiedet zu haben. Ueber die Erledigung der übrigen Arbeiten wird Ende April eine Verständigung zwischen der Regierung und dem Seniorenkonvent stattfinden.

— Eine Vorlage über die Förderung neuer Mittel in Höhe von 17 Millionen Mark für den Rhein-Weserkanal ist, wie die Germania meldet, dem Staatsministerium zugegangen und soll Ende Mai dem Parlament vorgelegt werden. Es handelt sich um die Bereitstellung von Summen, die infolge von Ueberschreitungen beim Grunderwerb für den Rhein-Weserkanal nötig geworden sind. Auch die Baukosten des Lippekanals sind um 12 Millionen Mark überschritten worden. Die Summen seien notwendig durch unerwartete Mehrkosten, die sich bei der Anlage herausgestellt hätten und auf die in der Begründung des Gesetzes hingewiesen war. Weiter ist festzustellen, daß der Kostenschlag für den Lippekanal sich als ungünstiger herausgestellt hat, weil dieses Kanalprojekt bei den Beratungen über die Kanalvorlagen erst zuletzt in die Regierungsvorlage eingestellt worden ist, so daß nur ein Kostenschlag aus dem Jahre 1895 vorgelegt hat. Hierüber werde gleichfalls dem Landtage eine Vorlage voraussichtlich im Mai zugehen. Dasselbe gilt von der Vorlage über die Oder-Weichsel-Wasserstraße, da durch die Umgehung des Kanals bei Bromberg die Kosten um 3 Millionen Mark erhöht werden müssen.

— In Korf traf Bethmann-Hollweg am Mittwochabend ein. Ehrerbietig schritt der verantwortliche Redakteur Wilhelms II. zum Abschied, um in diesem feenhaften Palast demutsvoll die Befehle seines kaiserlichen Herrn entgegenzunehmen. Nicht im Reichstag, sondern auf Korf wird über das Deutsche Reichs Politik, über das deutsche Volkes Schicksal entschieden, bis sich einmal der Reichstag und die Nation ihrer Rechte und ihrer Macht bewußt werden.

— Zu Ehren des scheidenden Statthalters von Elßaß-Lothringen findet am kommenden Sonntag in Straßburg ein Fackelzug statt. Daran werden sich 280 Vereine beteiligen. Der Zorn über Sabern und über Deimling kommt in dieser Begeisterung für den Grafen Wedel zum Ausdruck, der sich

„Oh, Bürger“, rief Gamelin aus, „schämen Sie sich nicht, so was zu sagen? Wie können Sie die finsternen Gottheiten, die Angst und Unwissenheit schufen, mit dem Schöpfer der Natur verwechseln? Der Glaube an einen guten Gott ist nötig für die Moral. Das höchste Wesen ist der Urquell aller Tugenden, und wer nicht an Gott glaubt, ist kein guter Republikaner. Das mußte Robespierre wohl, als er aus dem Konvent die Büste jenes Philosophen Helvetius anbrachte, der die Franzosen zur Sklaverei anleitete, indem er ihnen die Gottlosigkeit lehrte. Wenigstens hoffe ich, Bürger Brotteaux, daß Sie, wenn die Republik den Kult der Vernunft erst eingeführt hat, dieser philosophischen Religion beitreten werden.“

„Ich liebe die Vernunft, aber ich bin nicht ihr Fanatiker“, erwiderte Brotteaux. „Die Vernunft leitet und erleuchtet uns. Wenn Sie sie zur Gottheit erheben, wird sie Sie blenden und zu Verbrechen verleiten.“

So deduzierte Brotteaux weiter, mit den Füßen im Rinnstein, wie er es normals in den vergoldeten Lehnstühlen beim Baron Hofbach getan, die, wie er zu sagen pflegte, die Grundlage der Naturphilosophie bildeten.

„Jean Jacques Rousseau“, fuhr er fort, „besaß zwar einige Talente, namentlich das für Musik; aber er war ein Hanswurst, der seine Moral angeblich aus der Natur ableitete, in Wahrheit aber aus Kalbns Lehren. Die Natur lehrt uns, einander aufzufressen; sie gibt uns das Vorbild aller Laster und Verbrechen, welche die Gessittung beseitigt oder verhüllt. Man soll die Tugend lieben, aber es ist auf zu wissen, daß dies ein bloßes Mittel ist, damit die Menschen bequem miteinander auskommen. Was wir Moral nennen, das ist nur ein verzweifelter Unternehmungen von unfersgleichen gegen die Weltordnung, welche auf Kanipf, Schlächtereit und dem blinden Spiel feindlicher Kräfte beruht. Sie zerflört sich selbst, und je mehr ich darüber nachsinne, um so mehr glaube ich, daß das Weltall wahnsinnig ist. Die Theologen und Philosophen, die Gott zum Schöpfer der Natur und zum Begründer des Weltalls machen, stellen ihn als bössartig hin. Gerechte und wohlwollende Götter, von denen unser elendes Geschlecht nichts zu fürchten hat, würde es nicht verehren. Es würde ihnen für ihre Wohltaten nicht unnützlich danken.“

„Mein Herr“, sagte der Vater Longuemare, „reden Sie nicht von der Natur. Sie kennen Sie nicht.“

„Bogtaugend, mein Vater, so gut wie Sie!“

(Fortsetzung folgt.)

Aus Westpreußen Elbing-Marienburg

Nach dem Genuß von Wasserfischling verstarben in Kadetten zwei Kinder des Infimanns Jordan. Ein drittes Kind wird mit dem Leben davonkommen. Der Vater hatte die giftigen Wurzeln, ohne sie zu kennen, selber nach Hause gebracht.

Der kleine Exerzierplatz in Elbing wird gegenwärtig durch gärtnerische Anlagen verschönt. Das nimmt die Elbinger Zeitung zum Anlaß, für eine Namensänderung einzutreten. Sie will den kleinen Exerzierplatz in Schichau-Platz umgetauft haben. Elbing hat bezeichnend schon eine Schichaustraße. Da ist es nicht mehr als recht und billig, daß es auch seinen Schichau-Platz bekommt. Aber man sollte es dabei nicht bewenden lassen. „Lange Niederstraße“ klingt gar nicht so gut als Schichauallee. Der „Alte Markt“ müßte auch abgeschafft und in einen Schichaumarkt umgewandelt werden. Den „Mühlendamm“ könnte man gut und gerne Schichauwerft benennen. Und alldieweil das Andenken des Mannes, der trotz der fünfzehn täglichen Einkommen, die er jedesmal hatte, wenn ihn einer seiner schlecht bezahlten Arbeiter um Zulage bat, dennoch so trefflich Millionen zusammenzuhamstern verstand, gar nicht genug geehrt werden kann, empfehlen wir dem Magistrat für das Schichaudenkmal am Lustgarten eine große Glasglocke zu spendieren, die es vor Wind und Wetter schützt. Es ist einfach unverantwortlich, daß man den alten Mann dort im Winter so frieren läßt.

Aus Schmots Sudelfische. In welcher zynischer Weise bürgerliche Zeitungen über Arbeiter berichten, dafür liefert die Marienburger Zeitung in ihrer Nummer 87 vom 15. April ein frasses Beispiel. Ueber eine Sitzung des Marienburger Jugendgerichts schreibt sie folgendermaßen:

Weil er angeblich von seinem Dienstherrn, Hofbesitzer Gust in Schadowe, eine Ohrfeige erhalten haben will, verließ der 1899 geborene Dienstknecht Hermann Jakobowski aus Schadowe vorzeitig den Dienst am 28. März d. Js., trotzdem er von Martini 1912 bis Martini 1914 vermieltet war. Dieserhalb und wegen beharrlichen Ungehorsams erhielt Jakobowski vom Amtsvorsteher in Schadowe ein Strafmandat in Höhe von 3 Mark. Der Herr Amtsanwalt erachtete auf Grund der Beweisaufnahme Unbotmäßigkeit als vorliegend und beantragte Verurteilung des Einspruchs. Auch der Gerichtshof erkannte wegen Unbotmäßigkeit auf Verurteilung des Einspruchs.

Anstatt Fleisch nur Knochen und schlechte Behandlung will das Dienstmädchen Helene Kelpin aus Goldschar-Heubuden erhalten haben und hat dieserhalb den Dienst beim Hofbesitzer Jörnack in Goldschar-Heubuden am 1. März d. Js. verlassen. Die 1896 in Trageheim geborene Angeklagte erhielt dieserhalb ein Strafmandat vom Amtsvorsteher in Heubuden in Höhe von 5 Mark eventuell 1 Tag Haft. Der Gerichtshof erkannte auf Verurteilung des Einspruchs.

Ein Dienstmädchen eigener Art scheint die Marie Ischepoff aus Königsdorf zu sein, die am 22. Februar 1914 den Dienst bei dem Lehrer Mangel in Rahnase ohne Grund verlassen hat und dieserhalb vom dortigen Gemeindevorsteher ein Strafmandat in Höhe von 6 Mark oder 2 Tagen Haft erhielt. Die Angeklagte hat — wie die erhobene Beweisaufnahme ergab — keine Lust zur Arbeit, da nach ihrer Angabe ihre Finger „zu schade“ sind, niedere Arbeiten zu verrichten. Ihr erhobener Einspruch hatte den sonderbaren Erfolg (1), daß die Strafe von 6 Mark auf 10 Mark erhöht wurde.

Ein nettes Fräulein scheint der 15jährige Lausbursche Franz Krause, Kunstgarten 12 (Andersche Häuser), hiersebst, zu sein, der wegen Diebstahls die Anklagebank betrat. Der Angeklagte, der kurze Zeit im „Hotel Elbing“ Lausbursche war, erkrankte am 28. Februar d. Js. ein auf dem Büfett liegendes Perlmuttermesser im Werte von 2 Mark, einem Oberkellner gehörig. Der Angeklagte, der ein frisches Wesen zur Schau trägt, und gegen den noch eine andere Anklage trotz seiner Jugend schwebt, wird wegen Diebstahls mit einem Verweise kostenpflichtig bestraft.

Man wird von dem Stil, der sich in dieser „Berichterstattung“ spreizt, förmlich angeekelt. Die Angeklagten wurden von Mitglieðern einer ihrem Denken und Empfinden fernstehenden Menschenklasse verurteilt. Vorsitzender des Gerichts war Amtsgerichtsrat Dr. Löwinski, Amtsanwalt Oberamtmann a. D. Doehnte; als Schöffen fungierten die Herren Gutsbesitzer Oskar Sönke in Simonsdorf und Rentier Johann Ewert in Marienburg.

An gutem Willen, ein gerechtes Urteil zu fällen, mag es den Richtern nicht gefehlt haben; den ziehen wir nicht einen Augenblick in Zweifel. Daß aber die Herren in der Lage wären, sich in das Seelenleben eines Hütelungen oder eines Dienstmädchens zu versetzen, können wir nicht glauben. Aber wenn nun schon die Strafmandate bestehen bleiben, war es nötig, die Bestrafen nach zu verhüten? Es ist nicht das erste Mal, daß die Marienburger Zeitung solcherart ihren „Blick“ an Wehrlosen wendet. Im Moskischen Zeitungskatalog finden wir die Auflage dieses Agrarierblatts mit 4500 Exemplaren angegeben. Da wird noch mancher Arbeiter drunter sein, der sich zum Dank für das Geld, das er der konservativen Zeitung hinkragt, von ihr seelenruhig ins Gesicht spucken läßt.

Danzig-Land

Auch ein Opfer des Systems Meschle. Zu denen, die in Ohra am eifrigsten gegen die Sozialdemokratie wetterten und die durch Stillfischweigen das System Meschle stützten, als es in der Gemeindevertretung besprochen wurde, gehört der Kaufmann Hoppenrath, der neben seinem Kolonialwarengeschäft noch eine Fuselkneipe betreibt. Ohne daß ein Botschaft über Hoppenrath verhängt wurde, zogen die Arbeiter aus Hoppenrath Verhalten ihre Konsequenzen. Die Proletariatsfrauen kaufen jetzt Zichorie und Raneel wo anders und ihre Männer lassen Hoppenrath seinen Schnaps allein trinken und wünschen, daß er ihm wohl bekommen möge. Herr Hoppenrath nimmt

alle Woche 150—200 Mark weniger ein und trägt sich mit dem Gedanken, seine sämtlichen Ehrenämter niederzulegen. So geht's, wenn man in einem Arbeiterort partout den Dickschotte spielen will.

Stuhm-Marienwerder

In Rehthof brannte das Gehäst des Zimmerers Grijemski vollständig nieder. Die Bewohner waren bereits zur Ruhe gegangen. Sie brachten fast nichts in Sicherheit, da sämtliche Gebäude mit Stroh gedeckt waren und im Nu in Flammen standen. Ein 80 Jahre alter Greis, der in dem niedergebrannten Gebäude ebenfalls seine Wohnung hatte, rettete nicht einmal seine Kleidung, geschweige denn etwas anderes von seinem Eigentum, und steht nun am Ende seiner Tage ebenso nackt da, als er einst zur Welt gekommen ist.

Thorn-Kulm-Briesen

In der Allgemeinen Ortskrankenkasse für Thorn ist nun endlich eine Einigung über die Wahl der Vorsitzenden erfolgt. Mehrere Wahlen hatten bereits stattgefunden, ohne daß die Hartnäckigkeit der Unternehmer eine Verständigung ermöglicht hätte. In letzter Stunde nahmen sie einen von unseren Genossen gemachten Vorschlag an, nach welchem zwei Jahre ein Unternehmer und dann zwei Jahre ein Arbeiter als Vorsitzender fungieren soll. Es wurde jetzt Herr Wendel als Vorsitzender und der Genosse Gebert als Stellvertreter gewählt. Nach zwei Jahren wechseln beide. Herr Stadtrat Keltch, der schon die Einführung des vom Versicherungsamt eingesetzten Direktors, eines pensionierten Postsekretärs, auf die Tagesordnung gesetzt hatte, kam gerade zurecht, der Wahl mit beizuwohnen.

Von der Thorer Strafkammer wurden die Arbeiter Gebrüder Stoniedt wegen Diebstahls zu je sechs Monaten Gefängnis und der Arbeiter Franz Maczkiemiez aus Kulm zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt. Sie hatten gemeinschaftlich dem Besitzer Herrmann in Reinau zwei Zentner Wurst gestohlen. 150 Pfund konnten dem Bestohlenen wieder zurückgestellt werden. Die Brüder S. legten ein umfassendes Geständnis ab, weshalb ihnen mildere Umstände zugebilligt wurden. Der dritte Angeklagte bestritt jede Schuld. Weil er der Mittäterschaft überführt wurde und viele Vorstrafen hatte, erkannte das Gericht auf eine hohe Strafe.

Feuer. In Briesen geriet das Dach eines Wagenschuppens der Wagenfabrik Potorski in Brand, wobei mehrere Wagen beschädigt wurden.

Karl Hendell

Geboren am 17. April 1864.

Die landläufige Aubrizierung hat den Autor des Buches der Freiheit in bequemer Manier unter die sozialen Spritzer getan. Wer ein übriges tun will, fügt schablonenhaft hinzu, daß Hendell neben Madan der glänzendste Vertreter dieser „Richtung“ ist, daß er der konsequenteste aus der Zeit des jüngsten Deutschland, der Zeit der Bleibtreu, Hart, Conrad, Hauptmann, e tutti quanti sei und daß sein Weg und Wollen seit seiner Zürcher Rebellenzeit (1888 ff.) stets sonnenjuchend nach aufwärts gerichtet gewesen ist u. a. m.

Wie bequem — und doch, wie halb! Die so urteilen, kennen zweifellos von den nunmehr 12 Büchern des am 17. April seinen 50. Geburtstag feiernden Dichters nur die, die wegen ihres revolutionären Gehalts 1887 durch das Bismarcksche Ausnahmegegesetz verboten und dadurch nun ganz besonders eifrig gelesen wurden. Wer aber neben den Erstlingswerken des Hannöverschen Bürgerführers Hendell die „Schwingungen“ (1906), „Im Weitergehen“ (1911), „Gipfel und Gründe“ (1904) kennt, der wird zu der Ueberzeugung kommen, daß der Dichter recht hat, wenn er sich verbittet, in einem Zeitelkasten eingeordnet zu werden. „Man wird“, sagt er in einer seiner Selbstbiographien, die er auf Wunsch verschiedener Zeitschriften vor zehn Jahren lieferte, „bezüglich meiner literarischen Physiognomie das bequeme Schlagwort vom „Tendenzdichter“ doch mit der Zeit zum alten Eisen werfen müssen, es ist zu plump, um auf die Dauer zu ziehen.“

In der Tat: Hendells Quellen fließen von zu vielen Seiten. Seine Gesamt„Tendenz“ ist das politische Bild der Welt in ihm und um ihn, bereichert durch warmes Freiheitsgefühl im politischen und sozialen Sinne. Wer neben den „Ansprüchen“ namentlich die „Strophen“, „Diorama“, „Trübnachtigall“, „Zwischenspiel“, „Neuland“ und „Neues Leben“ kennt, findet klar, wie sich ursprüngliche Naturkraft und großzügige Sinnesrichtung bei Hendell in organischer Entwicklung schöpferisch ausleben. Er steht wie von Anfang an auch heute jenseits aller modischen Artstilk. Die Götzen der Manier haben ihre kurze Saison, um bald, von andern gestürzt, spurlos zu verschwinden; der echte, wenn auch lange mißkannte Dichter hat den allmählich gefestigten Dauererfolg für sich. Hendell, der schon als 20jähriger im Kreise der beiden Hart in Berlin und dann neben Wedekind, Hauptmann, Madan, Peter Hille, Karl Hauptmann in der Zürcher Stürmerkolonie auf den Plan trat, der lange in der sogenannten „Jünglingsdeutschen“ Bewegung eine führende Rolle spielte, den innigen Freundschaft mit Gottfried Keller und C. F. Meyer verband, hat vermöge seiner starken Persönlichkeit allen Versuchungen, ihn bei den „Verschollenen“ jener Zeit zu begraben, getrotzt und mit zäher Spannkraft in unermüdlicher Schaffenslust Wert an Wert gefügt.

„Ich bin nicht aus einem einzigen Faden gesponnen. Aber ein Gespinnst bin ich doch, das man nur gewaltsam mit grober Faust in Stücke zerreißt. Alle meine Gedichte sind schließlich doch ein Gedicht. Man muß es nur zu lesen verstehen.“ Das hat ihm Deleu v. Villencron oft genug bestätigt,

der sein Freund war, und den die Fülle des im „Diorama“ (1890) ausgestreuten dichterischen Reichtums ein übers andres Mal in helles Entzücken geraten ließ. Villencron rief damals begeistert aus: „Es gibt und hat nie gegeben einen Dichter, der ein solches Raketenfeuerwerk an die Wolken wirft wie Sie — darüber sind wir in Deutschland alle einig! Sie sind verschwendend, ausgestattet mit Reimen, Gedanken, Bildern. Das ist ja alles wie spielend bei Ihnen. Ihre Poeme sind dermaßen etwas andres als das gewöhnliche Wischwasch, daß ich immer hallo schreie vor Staunen und das Maul aufspere.“ Und in einem Briefe an Hendell schrieb der Dichter des „Poggenfried“ 1898: „Ich bin tief beschämt, daß Sie nicht statt meiner im Wilde prangen im Augustheft der M. D. Ihnen gebührt der Vortritt. Sie sind ein Mann des Beginns... Sie frischer, lebendiger, glühender Lockenkopf. Sie. Ich bin trotz aller Modernität... fin de siècle, und gestern, der immer wahre Bierbaum und ich haben auf unsern ersten Dichter angestochen, auf Karl Hendell, und dann kommen Arno Holz und Maurice v. Stern und noch viele andre — und dann komme erst ich.“

Will man nach einem Hendell verwandten Dichter der Moderne forschen, so steht er in der Tat Villencron am nächsten in bezug auf bedeutungsvolle Einschätzung des gesamten Lebensinhalts, in bezug auf Fülle, inneren Reichtum und ausgeglichene, ruhige Naturkraft. Aber ebenso stark ist auch hier, bei aller Stammes- und Wesensverwandtschaft, der innere Unterschied beider Naturen. Hendell überbietet Villencron trach dessen Selbstbeobachtung durch Gründlichkeit und Intensität des Dranges nach Selbsterkenntnis; er überbietet ihn durch seinen Feuergeist und seine größere Impulsivität. Villencron dagegen ist Hendell gegenüber der gereifere Künstler; aber Hendell ist, gegen ihn gehalten, ein Zauberer, dessen Stab eine Fülle der verschiedensten poetischen Kräfte entfesselt, deren Villencron nicht so mächtig war. Hendell reißt stärker hin als der zurückhaltendere, objektivere, manches verschweigende Villencron, und wenn man dazu der beiden rauchende Sprache und schöpferische Dynamik und Rhythmiß nebeneinander hält, scheint die Schale sich nach der Seite Hendells hin zu neigen.

Die Hendells letzte Bücher ausweisen, ist er aus den Gründen, in denen sein suchendes Leben in Jugendzeiten sich umtrieb, zu Gipfeln aufgestiegen und steht nun von diesen Gipfeln weiter hinaus und tiefer hinein in die Welt. Das enge Besondere weicht hinter das freie Allgemeine zurück, das den Sinn des Weltverdens ausmacht. Kulturziele leuchten wie Sterne auf: das Werden der Menschheit muß am Wert des einzelnen gemessen werden, und diesen Wert bezeichnet das Schönheitsempfinden ganz wesentlich. Er ist nicht mehr der wirbelschlagende Tambour, aber immer noch schreitet er den Reihen voran, nur jetzt als ein Zeichenheuter und Prophet. Aber von Kampfergeist ist deshalb keine Rede. Er selbst sagt von seinen „Wandlungen“: „Nachdem sich die sozialpolitische Sturmflut, vor allem eine Nachwirkung des gemeingefährlichen Ausnahmegesetzes, bei mir verzogen hatte, folgten Jahre stiller Einfuhr und Selbstbefinnung auf den eigenlichen Künstlermenschen in mir, ohne bei dieser „Wandlung“ natürlich den innersten Grundanschauungen abzuschwören oder untreu zu

werden, die Instinkt und Erkenntnis mir einmal unverlierbar gesichert hatten. Es handelte sich für mich lediglich um eine Gebietsabgrenzung zwischen lyrischer Kunst und poetischem Zeitmanifest, um eine logische stilistische Abscheidung, damit kein Teil durch falsche Verquickung mit dem andern gefährdet würde.“ (Aus einem noch ungedruckten Exposé.)

Gewiß: Karl Hendell ist nicht mehr der Parteimann, der er einmal gewesen ist. „Die Toga paßte mir nicht.“ Aber sein Lebensmilde, der ihn hochhält, sind nach wie vor Volk und Menschheit, ein fast religiöses inbrünstiges Zusammenfühlen mit dem Ganzen, mit der Gemeinschaft entflammten und entflammen ihn zu leidenschaftlichen Ausbrüchen der Menschheitsliebe. Und auch in seinen neuesten Büchern macht er in zornigen Plänen seiner Erschütterung im Anblick der konventionellen Lüge Luft. Seine Wandlungen waren innere Reifungen, kein Verwerfen der Platte. Er zieht heute den Kulturtrag aus seinem Kämpfen, und alles Weiterkämpfen ist nun ein Suchen nach den Spuren des Werdens, die seinem persönlichen Werden gleichen, und es ist ein Mahnen, diesen Weg begünstigt mitzuschreiten. In allem Fühlen als Individuum will Hendell eng mit der Welt der Gesamtheit verbunden bleiben. Vom Individuellen aus will er die ganze Welt verstehen, im eignen Individuellen spiegeln sie sich ihm. „Ich sang mein „Ga ira“ und dichtete, lebte, liebte und träumte nach meiner Herzenslust, ohne irgend jemand anders als den Kompaß der eignen Natur zu fragen.“

Krankheit und Lebensnahrungen haben ihn einst nach seiner Zürcher Zeit arg niedergedrückt. Aber stets raffte er sich mit Horrido und Hufsa empor. Dazwischen spielte natürlich auch Ihre Majestät die Liebe eine Primadonnenrolle in seinem Leben und Schaffen. Die aber hat ihn nie vom Wege abgetrieben. „Wenn das Herz blutet, ringt sich der Geist kämpfend einer neuen Welt entgegen, der Gedanke einer höheren, freieren Weltordnung gewinnt immer mehr Macht über die Masse.“ Der Kern Dehmelscher Gedankenbewegung ist auch der seine: Im Gattungsgeheimnis gipfelt aller Kampfwert. An diesem Kriterium ist die Frage nach Gut und Böse zu entscheiden. Aus ihr quillt die neue Moral: die Moral der Gattung, die über alle ererbte moralische Enge hinausstrebt und hebt. Der schöpferische Mensch ist das Ideal Hendells. In diesem Zeichnen kämpfend seine letzten Werte seit 1900. Was er einst erträumt, ist jetzt, wo er auf der Höhe seines Lebens steht, erfüllt. Damals bekannte er: „Mein Jugendtraum war, mit reinen literarischen Mitteln auf die Menschen menschlich zu wirken und „auch Einer“ zu werden.“

Zum Schluß sei noch Hendells herrlicher Kunst der Gedichtung gedacht: In seinem 1910 erschienenen Buche „Lyrik“ dichtet er in sieben Sprachen und bringt uns in geradezu vollendeter Weise den Großen der Weltliteratur näher: Whitman (englisch), Verhaeren, Verlaine, Maupassant, Baudelaire, A. de Musset (französisch), Uda Regni, Pascoli, d'Annunzio, Verri (italienisch), Kapifardi usw. (italienisch), Maeterlinck (flämisch), Ger Drachmann (dänisch), Falagyi (ungarisch), Bulst (russisch), Kononicki (polnisch). Ein ganzer Mensch und ein großer Künstler!

Das bedeutet für Blatow und Krojante eine wesentliche Verkehrsverbesserung.

Unfall. Die Pferde des Administrators Rögel aus Morroschin gingen mit dem Fuhrwerk durch. Während sich der Mann durch Abpringen rettete, wurde die Frau aus dem Wagen geschleudert. Sie erlitt eine schwere Gehirnerschütterung.

Neugestirzte in Odra. Sie können unbeforgt sein. Weisheit und Muthesius werden auch in diesem Falle ihrer Strafe nicht entgehen. **Misstrauischer** Vind war in der großen Völkerverammlung selber anwesend, als unser Genosse Brül den Fall des Untersuchungs- gelangenen Richters schilderte, der von Weisheit nützlich aus dem Verlaufs zu Muthesius transportirt und dort von diesem in Gegen- wart von Weisheit mißhandelt wurde. Herr Vind ist der erste Politiker- kennte von Odra. Die Polizei ist kaum da. Strafbare Handlungen, die zu ihrer Kenntnis kommen, zu verfolgen. Paragraph 346 des Strafgesetzbuchs lautet: Ein Zeuener, der vermöge seines Amtes bei Verurteilung der Strafgewalt mitzuwirken hat, wird mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren bestraft, wenn er in der Absicht, jemand der gesetzlichen Strafe rechtswidrig zu entziehen, die Verfolgung einer strafbaren Handlung unterläßt. Sie sehen, es ist unmöglich, daß der Misstrauischer von Odra eine Sache, die ihm in Gegenwart von mehreren hundert Personen mugeitelt wurde, nicht weitergegeben hätte, abgesehen davon, daß uns Herr Vind bisher keinen Anlaß gegeben hat, an seiner Ehrenhaftigkeit zu zweifeln. Die Fugeige gegen Weisheit und Muthesius ist sicher längst erloschen.

Der Monat März 1914 brachte nach der Köln. Zeitung an den deutschen Viehmärkten eine ganz beträchtliche Zunahme gegen den Vormonat wie gegen den entsprechenden Monat des Vorjahres. Im Vergleich zum Monat März 1912 ist die Steigerung des Austriebs allerdings noch ziemlich gering. Immerhin ist die Besserung des Verhältnisses von Angebot und Nachfrage an den Viehmärkten von großer Bedeutung, und es wäre zu wünschen, meint das Blatt, daß sie auch in der Bewegung der Fleischpreise im Kleinhandel mehr noch als bisher zum Ausdruck kommt. Doch kann damit bei der heutigen Organisation des Schlachtviehverkaufs nicht gerechnet werden. In den 40 größeren deutschen Schlachtviehmärkten, für die eine fortlaufende Statistik vorliegt, entwickelte sich das Angebot im Monat März der Jahre 1911 bis 1914 in Millionen Kilogramm, wie folgt:

März	1911	1912	1913	1914
Rinder	24.41	25.92	26.11	27.01
Kühe	4.39	4.36	4.41	4.18
Schafe	1.82	2.07	1.98	1.64
Schweine	41.79	44.17	39.21	45.54

März	1911	1912	1913	1914
Rinder	16.78	16.49	16.25	17.25
Kälber	3.96	3.85	3.76	3.66
Schafe	1.61	1.85	1.71	1.54
Schweine . . .	31.88	34.04	29.20	34.60

Die Gesamtmenge belief sich im März 1914 auf 57,08 Millionen Kilogramm gegen 50,92 Millionen Kilogramm im Vorjahre, 56,23 Millionen Kilogramm im entsprechenden Monat 1912 und 54,23 Millionen Kilogramm in 1911. Nach alledem wird man an die Zulnahme des Angebots im März 1914 noch keine weitgehenden Hoffnungen knüpfen dürfen, bemerkt mit Recht das nationalliberale Blatt. Bisher ließ der Rückschlag nie lange auf sich warten. Hoffentlich bewahren die Bemühungen um Steigerung der Viehproduktion vor neuen Enttäuschungen.

Solche fremden Wünsche sind für die Viehproduktion natürlich bedeutungslos. Steigt das Viehangebot so sehr, daß die Folge davon ein Sinken der Preise ist, so wird die Viehproduktion wieder zurückgehen und die Preise werden wieder steigen. Die Konsumenten werden in dem einen wie in dem andern Falle auf billiges Fleisch nicht rechnen können.

Paris, 12. April 1914.

Der französische Parteivorstand und die Kammerfraktion haben soeben den Wahlausruf der französischen Sozialdemokratie veröffentlicht. Sämtliche Mitglieder des Vorstandes und der Fraktion haben ihn unterzeichnet. Der Ausruf bewegt sich strikte auf dem Boden des proletarischen Klassenkampfes; denn die Partei will einen prinzipiellen Wahlkampf. Sämtliche Parteikandidaten sind verpflichtet, ihn in ihren Wahlkreisen zu verteidigen.

Der Aufruf weist auf die zunehmende Macht des Kapitals hin, auf die Unterdrückung der Arbeiterklasse und der Kleinbauern, auf das Verlagen und die Ohnmacht der bürgerlichen Demokraten, sowie auf die verkappte Reaktion der Fland und Baribou, die Frankreich in eine Politik der Abenteuer hineinzuzerren versuchen. Er erinnert an die herrschende Korruption, an den moralischen Tiefstand der leitenden Kreise und betont die unbedingte Notwendigkeit einer vollständigen

sozialen Umwälzung. Diese Umwälzung sei das Ziel der Sozialdemokratie, das sie durch die Eroberung der politischen Macht, die Vorbereitung zur Umwandlung der kapitalistischen Produktionsweise in eine sozialistische, erreichen wolle und werde. Um aber die Kraft des Proletariats zu seinem Befreiungskampfe zu stärken, erstrebe die Sozialdemokratie bereits im Gegenwartsstaate tiefgreifende Reformen, und zwar: sofortige Rückkehr zur zweijährigen Dienstzeit und graduelle Einführung des Stützsystems; eine entschiedene internationale Friedenspolitik und die deutsch-französische Verständigung; Ausbau des staatlichen Unterrichtswesens und seine genügende finanzielle Ausstattung; Wahlreform nebst Proporz und Revision der Verfassung; progressive Besteuerung des Einkommens und des Kapitals mit Selbststeinkämpfungspflicht unter staatlicher Kontrolle, Alters-, Invaliden-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung; Sicherung der Koalitionsfreiheit für alle Arbeitnehmer, auch für die Staatsbeamten.

Die kurzen, knappen Sätze des Wahlaufspruchs lassen an Klarheit nichts zu wünschen übrig. Außerdem hat der Parteivorstand mehrere Agitationsbrochüren, bisher zehn zum Teil illustrierte Flugblätter herausgegeben, die einzelne Forderungen eingehender behandeln. Eines davon richtet sich gegen den Militarismus und Marinsmus im allgemeinen, ein anderes speziell gegen das Wehrgesetz. Ein besonderes Flugblatt schildert den gemeinsamen Kampf der französischen und deutschen Sozialdemokratie gegen den Imperialismus und den Militarismus. Für die Landproletarier und Kleinbauern hat Genosse Compère-Morel ein inhaltreiches Flugblatt geschrieben. Zu Tausenden von Exemplaren werden nun diese Flugblätter über das ganze Land verbreitet. Sie werden ihre Wirkung nicht verfehlen.

Bisher sind etwa 450 Parteikandidaten bekannt. Die Kandidatenfrage ist in Frankreich schwierig zu lösen. Erstens kann jeder Kandidat nur in einem Wahlkreise kandidieren, so daß oft alle tüchtigen unabhängigen Kräfte eines Departements für die Agitation kaum ausreichen. Außerdem sind die Wähler gewohnt, mit dem Kandidaten persönlich Fühlung zu nehmen, was einen bedeutenden Aufwand an Zeit und Geld verlangt. Von den 601 Wahlkreisen wird die Partei trotzdem in circa 500 mit eigenen Kandidaten in den Wahlkampf eintreten.

Von den Parteiführern kandidieren wieder in ihren bisherigen Wahlkreisen: Jaurès (Carmaux), Guesde (Noubaix), Vaillant (20. Pariser Kreis), Marcel Sembat und Rouanet (18. Pariser Kreis), Groussier (10. Pariser Kreis), Compère Morel (Uzes). Alle werden von den bürgerlichen Parteien sehr scharf bekämpft; gegen Vaillant kandidiert noch der unfaubere Rougat Chauvin; gegen Rouanet scheinen einzelne Anarcho-Syndikalisten Zersplitterungsversuche machen zu wollen. Ernstlich bedroht ist nur das Mandat des Genossen Groussier, eines der verdienstvollsten und fleißigsten Mitglieder der Kammer überhaupt.

Von den bisherigen Abgeordneten hat nur Genosse Dr. Meftier (Saint Ouen bei Paris) krankheitshalber auf eine erneute Kandidatur verzichtet. Die allermeisten haben sehr günstige Aussichten auf eine Wiederwahl; nur ein halbes Duzend Mandate erscheinen ernstlich bedroht. Dagegen hat die

Die fröhe Proletarierin.

O wende mir dein bleiches Haupt
 mit müdem Schweisestricke zu!
 Ich bin so lust- und glückberaubt
 wie du, geküßtes Weib, wie du.
 Das Müt, das durch die Brust dir gärt,
 die Siedehummschlange, die dich biß,
 sie hat mit Leib auch mich genährt,
 geränkt auch mich mit Bitternis.

O sieh mich nicht so jammervoll,
 So ohne Waffen traurig an!
 Ich will belästigen deinen Groll
 Will trösten, was ich trösten kann.
 Auf deinem Leben lag die Not
 Mit schwarzem Fittich ausgefahnen
 Nun wirkt dir der Erlöser Tod
 Mit seiner bleichen Scherenhand.

Du warst, dem holden Licht entrückt,
den Eltern Brod' ein schwächlich Kind;
in dunkle Winkel bingedrückt.
Weißt du die blauen Augen kund.
Als deinem Munde Tag für Tag
hast du gekostet, ein treues Loth,
der Heden Schatz und Augenblick
war euer Mutterjünglein.

O meine nicht! O meine nicht!
Nun hat der Groß mit feist gepack.
Wenn in das Bild in Scherben bricht.
Schmuck auf der Reinfert Kaserst.
Der Vater deiner Kinder jant
werden in ein schaurig Grab.
O schaffst du bis man und krank.
Ja, aber der Herr den Abstieg ab.

2. Wie zum Beispiel mit der Hand:
 Der Oberflächengewebe sind.
 3. Der Unterhautgewebe sind die Dura.
 nicht berührt und mit verteilte.
 4. Es ist zum letzten Stadium am
 5. Das ist eine schwere Arbeit
 mit vielen Konsequenzen.
 6. Es ist eine schwere Arbeit
 7. Es ist eine schwere Arbeit

Der Kaiser, den dein Blut gebet,
 den ich zur Schwermut aufgelißt,
 nicht erst nach dem Gefallen,
 als die Dir auch mein Stand,
 dich durchs Auge dich und dich
 als die ich dich immer den
 als die ich dich immer den
 als die ich dich immer den

Das Ausnahmegefech (1888).

Bermittelt Ausnahmegesetze
kann jeder Dummkopf regieren.
C a p o u r.

Es steht ein Blatt beschrieben im Buch der deutschen Schmach,
das muß der Teufel lieben bis an den jüngsten Tag.
Das steht auf schwarzem Grunde mit roter Flammenschrift,
das schwärt wie rote Wunde mit schwarzem Schlangengift.
Das schreit in alle Weiten wie wilder Tonkrischenschuch,
das schreit in alle Zeiten und schreit doch nie genug.
O häßt ich Donnerstimme wie Pokken im Turnier,
ich brüllt in rasendem Grimme ein Wetterurkister.
Ich rollte alle Weichüge blauschwarz am Himmel auf
und spie: rächende Blitze, gerichtet Lauf an Lauf.
Weh dir, du fetter Bürger, du Staatsverbrecher Staat,
für hunderttausend Bürger das Seil der Missethat!
für hunderttausend Deutsche das niederträchtige Neß,
die Sklavenhalterpeinliche, gemunden vom Geseß!
Du Bluthund deiner Brüder, Spürdogge der Gewalt
du grungeschwollne Hyder im feigen Hinterhalt!
Du stürzende Lavine von Bosheit und Verrat,
du mordende Maschine mit qualbeprägtem Rad!
Du Götterbank der Freien, Schandsteme für die Not,
und doch mußt du gedeihen für unser Aufgebot. —
Es steht ein Blatt beschrieben im Buch der deutschen Schmach,
das muß der Teufel lieben bis an den jüngsten Tag.
Sturm lautet das Gewissen. Es zittert die Geduld:
Wann wird mit dem zerrissen das Riesenblatt der Schuld?

Die neue Zeit

Er hat ein Hammer aufgeschlagen
 Im menschlichen Maschinenaal,
 Der Knobel klang, und fortgetragen
 In's feine Getöse von Tal zu Tal.
 Die Kerze zittern seinem Tröhnen,
 Die Waage wägen seinen Ruf;
 Er hebt ans Ohr der Erde Söhnen
 Und lebt im Schönen, das er schuf.
 Aus ihrem dunkeln Mutter Schoße
 Wächst auf zur Kraft durch Noth und Leid,
 Mit Mut gefaßt, die schöne, große,
 Freilebende, die neue Zeit.
 Der Dampf umbraut des Kindes Wiege,
 Zur Hochzeit blühen ihr Sternenthar
 Zum leuchten Lohn vollkommener Siege
 Fruchtblumenfetten durch das Haar.

Blindheit, du junge Seir der Wille,
 der Unschuld, die nur Wahrheit kennt.
 Sie nach dem kühnen Beistand
 sich höher zu gestalten brennt!
 Wir richten unser Haupt zum Trage
 entgegen deiner edlen Fier,
 wir streuen Blüten deinem Fuße
 und huldigen und pflanzten dir.

Klingelbeutel.

Der Klingelbeutel klingelt im Kirchenjuchel:
 Almosen den Hungerleidern in unsrer Schule!
 Viel hundert Kinder hungern von Tag zu Tage,
 die „Presse“ schreibt es, das Faktum ist außer Frage;
 barmherzig war der biederer Wiener von je,
 mit eurem goldenen Herzen o stilt das Noth!

Den braven Bürger kitzelt's gütig und gruselt's.
In seinem faulen Hirne dämmerts und duselt's.
Am Hungertuche — kaum glaublich scheint die Geschichte,
vorläufig gebe man ihnen Erbseengerichte:
Drei Deziliter! Hülsenfrüchte sind gut,
Fleischkost, ja, ja, verdickt und verdiebt das Blut.

Nun wird der Rahm der Humanität gebuttert,
die armen Bören privatwohlthätig gefuttert;
des echten Christen Wohlthat muß sich verginsen,
dum opfern mild wir Erbsen, Bohnen und Linsen;
der Fabrikant bekreuzigt sich und denkt: Parbleu!
Helfst, heßst! Die industrielle Reservearmee!

Ich aber sage euch: Alles muß anders werden,
ein groß Geräusch wird fahren über die Erden!
Aus allen Winkeln hör ich es heimlich brausen,
meine dunkle Seele durchzuckt ein leuchtend Grausen:
Der Klingelbeutel empörter Natur geht um,
ihren Kreuzer die Dirne opfert und weinet stumm.

Börsencasé in Brüssel.

Das Café braust von Stimmen,
es summt und saust und schwirrt,
Zigarren röthlich glimmen,
Geschirr und Silber klirrt.

Weißlichter durch den Schleier
der Tabakswolken sprühen —
Fortunas heiße Freier
vor Mammonswoollust glühn.

Plötzlich die Atmosphäre
zerstern und scharf und ja
langsam die gelbe Mähre
des Börsenfürsten Baal.

Vom Bluthund Not begleitet,
getrönt mit goldner Fahi,
der Herr des Schreckens reitet
hohnlachend durch den Saal.

Des Souveräns Gewalten
dient stummen Schweigens Zoll.
der Knechte Hände fallen
sich beugend ehrfürchtvoll.

Partei die begründete Hoffnung, mehrere Wahlkreise, die sie früher befehen, zurückzuerobern und nach Rheinland hinzuzuerwerben. So haben u. a. die Genossen Redakteur Jean Bonguet, der älteste Enkel von Karl Marx, und Pierre Renaudel, der verdienstvolle Chefredakteur der Humanité, unseres Zentralorgans, die besten Aussichten, diesmal in die Kammer zu kommen.

Unter den Genossen im ganzen Lande herrscht ein freudiger Kampfeselfer und große Siegeszuversicht. Die klare, präzise Stellungnahme der Partei macht überall, namentlich aber unter den Kleinbauern, den besten Eindruck. Tausende von Wählern wenden sich ihr zu, weil sie allein im schmutzigen Wirrwarr der Parteien rein und blank und mit einem klaren, ehrlichen, unzweideutigen Programm dasteht. So kann sie für den 26. April auf einen sehr bedeutenden Stimmenzuwachs und wohl auch auf eine Reihe von neuen Mandaten rechnen.

Vor vier Jahren entfielen auf die sozialdemokratischen Kandidaten etwa 1¼ Millionen Stimmen. Gewählt wurden 75 Abgeordnete, davon etwa die Hälfte im zweiten Wahlgange. Während der Legislaturperiode wurden sechs Abgeordnete aus der Partei ausgeschlossen, vier andere starben und bei den Nachwahlen konnte die Partei nur eines dieser Mandate behaupten; dagegen brachten die Nachwahlen im Laufe der Legislaturperiode zwei neue Mandate der Partei, so daß die Fraktion am Schlusse der Legislaturperiode 68 Mitglieder stark war.

Große Menschenopfer

Ueber die Zahl der Opfer, die das deutsche Heer im Frieden fordert, finden wir in der Volksstimme (Chemnitz) Nr. 54 vom 6. März 1914 diese geradezu schauerliche Statistik, die nach amtlichen Mitteilungen aufgemacht ist.

Die Zahlen mußten aus 40 Jahrgängen der Sanitätsberichte des preussischen, bayerischen, sächsischen und württembergischen Heeres zusammengestellt werden. Bei der bayerischen Armee reichen die Berichte von 1910 an nur bis 1884 zurück. Ueber die Zahl der

Selbstmordversuche im Heere

haben sich die Ziffern nur bis zum Jahre 1878—79 auffinden lassen. Die bayerische Armee berichtet über Selbstmordversuche gar erst seit 1896. Die Zahl der Selbstmordversuche in allen vier deutschen Heereskontingenten schwankte während des Jahrzehnts 1878—89 jährlich zwischen 23 und 40. Gezählt sind dabei die Selbstmordversuche, die nicht zum Tode, aber teilweise zu langem Krankenlager führten. Die Höchstzahl von 40 wird in keinem dieser Jahre überschritten.

Seitdem ist die

Zahl der Selbstmordversuche ununterbrochen gestiegen:

allmählich auf 70, 80 und 90. Im Jahre 1906 waren es 104, im Jahre 1908 107, im Jahre 1909 112 und für das Jahr 1910—11 gibt die amtliche Statistik bereits

120 Selbstmordversuche

an. In dem ganzen Zeitabschnitt von 1878—79 bis 1910—11 verzeichnen die preussischen, sächsischen und württembergischen Heereskontingente

2003 Selbstmordversuche ohne tödlichen Ausgang.

In Bayern beträgt die Zahl der Selbstmordversuche in der Zeit von 1896 bis 1910 durchschnittlich jährlich 10, so daß für den ganzen Zeitraum von 1874 bis 1911 in der deutschen Armee 2353 Selbstmordversuche ohne tödlichen Ausgang eingetragen sind. Seit dem Anfangsjahr der Statistik (1878) hat sich

die Heeresstärke etwa verdoppelt, die Zahl der Selbstmorde aber sechsfacht.

Durchschnittlich sind in den letzten 11 Jahren

jedes Jahr 2855 Soldaten wegen Fahnenflucht bestraft

worden. Das Strafmaß für diese Verurteilungen betrug durchschnittlich

pro Jahr 700 Jahre Gefängnis.

Nicht weniger als

8250 Jahre Gefängnis

sind in den letzten 11 Jahren allein wegen Fahnenflucht verhängt worden. In den 44 Jahren von 1870 bis 1911 wurden wegen Fahnenflucht

33 000 Jahre Gefängnis

verhängt und abgebüßt. Wegen militärischen Ungehorsams werden durchschnittlich

jedes Jahr 2984 Soldaten angeklagt.

In den 44 Jahren des Bestehens des Deutschen Reiches sind für diese Insubordinationsvergehen

über 50 000 Jahre Zuchthaus und Gefängnis

ausgesprochen und verbüßt worden.

Wegen Mißbrauchs der Dienstgewalt, Soldatenmißhandlung usw. finden

jährlich 800 Prozesse statt.

Die verhängten Strafen sind meist außerordentlich gering. Trotzdem kommt in den

44 Jahren auf etwa 13 000 Jahre Gefängnis.

Ar die Vergehen, die die unmittelbare Folge des herrschenden Militärsystems sind, sind also im deutschen Heere von den Söhnen des deutschen Volkes seit Gründung des Reiches

100 000 Jahre Zuchthaus und Gefängnis

verbüßt worden.

Wiel größer ist die Zahl der „erfolgreichen“ Selbstmordversuche. Für den Zeitraum von 1870 bis 1911 gibt die amtliche Statistik die Summe auf nicht weniger als

10 439 vernichtete Menschenleben

an. Fast regelmäßig ist die alleinige oder hauptsächlichste Ursache des Selbstmordes Furcht vor Strafe. In den preussischen

Berichten ist allerdings vielfach jede Erklärung unterlassen, aber in den bayerischen Berichten findet sich dieser Hinweis außerordentlich oft im Text.

Jedes Jahr enden 220 bis 240 Soldaten durch Selbstmord.

Außerdem finden jedes Jahr 180 bis 190 Selbstmordversuche statt, die nicht zum Tode führen, so daß man jährlich 360 bis 370 Fälle von Selbstmord und Selbstmordversuchen im deutschen Heere zu verzeichnen hat. Also:

Jeden Tag ein Selbstmordfall!

Das sind aber nicht entfernt alle Todesopfer, die der Militarismus im Frieden erfordert. Nach den oben angeführten Berichten für die vier deutschen Heeresteile erlitten im Zeitraum von 1870 bis 1911 beim Dienst

189 202 Soldaten Unfälle

derart, daß sie mit Pensionsberechtigung entlassen werden mußten. Dazu kommen

6676 tödliche Unfälle,

bei denen oder an deren Folgen ebenso viele Soldaten starben.

10 439 Selbstmorde,

6 676 tödliche Unfälle,

zusammen 17 115 Menschenleben

vom Militarismus in der Blüte ihrer Jahre vernichtet. Die Zahl der Selbstmörder im Heere ist nach einer von Dr. Gutstett aufgestellten Statistik

14 mal größer als im Durchschnitt der übrigen Bevölkerung des Deutschen Reiches.

Die Ursache dieser Erscheinung kann nicht zweifelhaft sein. Es ist die übertriebene eiserne Disziplin, die mit aller Gewalt den Menschen zum willenlosen Werkzeug erniedrigen will, die ihn zum Spielball in den Händen oft rücksichtsloser Vorgesetzter macht, es sind die Quälereien, Schindereien und Mißhandlungen, welche alle Lebenslust in den jungen Leuten töten und sie der Verzweiflung in die Arme treiben. Jeder Vater und jede Mutter sollte sich ernsthaft die Frage vorlegen, ob sie solchen Zuständen gegenüber gleichgültig bleiben dürfen.



Arbeiter!

Euer Blatt ist die

Danziger Volkswacht.



Gewerkschaftliches

— Die Aussperrung der Pfisterer in Rheinland und Westfalen konnte erfolgreich für die Arbeiter beendet werden. Gleich nach Ausbruch des Kampfes schrieben wir, daß von den Christlichen, mit denen die Unternehmer einen Tarif abgeschlossen hatten, den der Verband der Steinseher einfach anerkennen sollte, bald nichts mehr übrig sein würde, als eben ihr Tarif. Diese Voraussage hat sich schneller erfüllt als vorausgesehen war. Kurz vor den Feiertagen wandte sich die Unternehmerorganisation selber an den Verband der Steinseher mit der Anfrage, ob er bereit sei, noch vor Ostern an Verhandlungen teilzunehmen. Am Osterheiligabend haben dann Verhandlungen in Bochum stattgefunden, die zu dem Resultat führten, daß alle Verschlechterungen, die der christliche Tarif für die Arbeiter im Gefolge gehabt hätte, glatt beseitigt wurden, so daß zum Teil unsinnig hohe Arbeitspensum, von dem selbst viele Unternehmer erklärten, daß es zu hoch sei; weiter wurde die Einführung der Akkordarbeit zurückgezogen, eine Verbesserung der Bestimmungen über die Junggefellern erzielt, desgleichen über die Lohnzahlung u. a. Der Verband der Steinseher hat weiter damit durchgesetzt, daß mit den Christlichen kein gemeinsamer Tarif abgeschlossen wurde, sondern daß diese, entsprechend ihrer wirklichen Bedeutung, nur einen Nebenvertrag erhalten. Durch die Maßnahmen, die der Verband der Steinseher in der vorigen Woche getroffen hatte, war die Zahl der am Kampfe Beteiligten von 450 auf 1100 gestiegen, was wesentlich zur Abkürzung des Kampfes beigetragen hat. Dabei stellte es sich heraus, daß im ganzen Kampfgebiet nur 57 Mann weiter arbeiteten, die aber längst nicht alle der christlichen Organisation angehören. In Köln hatten sich die meisten christlich organisierten ohne weiteres dem Streik angeschlossen, sie flo bis auf wenige Mann zum freien Verbande übergetreten. Die bei einer Firma in Mülheim beschäftigten Christlichen weigerten sich, die ihnen in Köln angewiesene Streikarbeit zu machen. Es läßt sich also denken, daß die Leitung der christlichen Organisation über den Ausgang des Kampfes nicht sehr erbaut ist. Es war ihr nicht beschieden, in diesem Kampfe die Rolle zu spielen, die ihre gleichartige Bruderorganisation im Bergarbeiterstreik gespielt hat.

Aus der Partei

— Generalsekretärung sämtlicher Beamten soll ein sozialdemokratischer Redakteur begangen haben. Der Volksbote in Zeitz hatte nämlich bei einer öffentlichen Besprechung von Beamtenverfassungen die Worte „bournierte Beamtenklasse“ gebraucht. Dadurch sollen plötzlich alle Beamten beleidigt worden sein. Die Gerichte in Zeitz aber wiesen die Klage ab, worauf der Anwalt Beschwerde einlegte. Der Beschwerde wurde stattgegeben und die Sache an das Schöffengericht in Osterfeld verwiesen. Dort bejahte natürlich der Vertreter der Staatsanwaltschaft die Frage der „Beleidigung“ und hielt eine exemplarische Strafe — zwei Monate Gefängnis — für angebracht. Der Presseländer, Genosse Wiedschmidt, definierte die Begriffe „bourniert“ und „Kasse“, verwahrte sich entschieden gegen die ihm unterstellte beleidigende Absicht und beantragte seine Freisprechung. Im Eventualfalle erbot er sich zu einer umfangreichen Beweiskführung dafür, daß in Zeitz die Beamtenwürde in oft unerhörter Weise verletzt worden sei, ohne daß man den Staatsanwalt zu Hilfe rufen. Das Gericht lehnte die Beweisangebote ab, da ein einziger Beamter zur Klagestellung legitimiert und es deshalb unerheblich sei, wenn einzelne Beamte, die den Strafantrag mit unterschrieben haben, näher charakterisiert würden. Weiter sagte das Gericht, daß in der Form der unter Anklage stehenden Schreibweise eine Beleidigung zu erblicken sei und verurteilte den Angeklagten zu 300 Mark Geldstrafe.

Soziales

— Gemeinschaftliche Erziehung der Jugend. Die Gegner der gemeinschaftlichen Erziehung und des gemeinschaftlichen Unterrichts von Knaben und Mädchen versuchen, in theoretischen Artikeln schwere Schädigungen für die Kinder aus dieser Erziehung herzuleiten und diese Meinung nach allen Regeln der Kunst wissenschaftlich zu begründen. Die Befürworter einer gemeinschaftlichen Erziehung der Jugend dagegen haben vielfach versucht, ihre Anschauungen in die Praxis zu übertragen, und sie haben auch mit ihrem Vorhaben bis jetzt die denkbar besten Resultate erzielt.

In der Zeitschrift Frauenbildung vom März 1914 ist wieder recht interessantes Material zu dieser Frage veröffentlicht worden.

In Dänemark ist seit dem 1. August 1903 der gemeinsame Unterricht für Knaben und Mädchen in allen höheren Schulen grundsätzlich angeordnet worden. Man erwartete von dieser Verfügung in Dänemark nicht nur praktische Vorteile, sondern auch wertvolle Resultate für beide Geschlechter. Und jetzt, nach einer Probezeit von zehn Jahren, stellt sich heraus, daß die Erfolge die Erwartungen noch übertreffen. Knaben und Mädchen werden bei den Aufnahmeprüfungen unter die gleichen Bedingungen gestellt. Bei der Auswahl der Schüler wird nur auf die geistige Reife Rücksicht genommen, nicht auf das Geschlecht. Auch der Spielplatz ist für Knaben und Mädchen gemeinsam. Beim Unterricht werden alle Kinder gleich behandelt. Sie sollen sich nicht als Knaben und Mädchen, sondern nur als Kameraden fühlen. Die Erziehung ist auch dadurch wirklich gemeinsam, daß Lehrerinnen daran beteiligt sind. Die Anzahl der in einer Schule anzustellenden Lehrerinnen richtet sich nach der Anzahl der zu unterrichtenden Mädchen. Sobald etwa zehn Schülerinnen aufgenommen worden sind, muß neben den männlichen Lehrkräften eine Lehrerin angestellt werden, die die Mädchen in besonderen Fächern zu unterrichten hat, daneben aber auch einige Stunden in der gemeinsamen Klasse gibt. Sobald die Anzahl der Schülerinnen die Zahl 30 erreicht hat, muß eine Lehrerin angestellt werden, die in den wissenschaftlichen Fächern wenigstens auf der Mittelstufe unterrichten kann. Sie führt den Titel „Inspektre“ und hat die Aufgabe, die Mädchen in all ihren Sonderangelegenheiten zu beraten und zu beaufsichtigen, ist auch für diese Dinge die Ratgeberin des Direktors. In dem Maße, wie die Zahl der Schülerinnen dann weiter wächst, soll auch die Zahl der festangestellten Lehrerinnen im Kollegium der Anstalt wachsen.

Man hat mit diesem System in Dänemark nur gute Erfahrungen gemacht. Knaben und Mädchen spielen, lernen und verkehren in aller Ungezwungenheit miteinander.

Stünde Deutschland nicht unter klerikaler und junkerlicher reaktionärer Herrschaft, dann genösse unsere Jugend wahrscheinlich auch schon den Vorteil der gemeinsamen Erziehung. Ehe aber wir in Preußen-Deutschland dazu kommen, muß erst noch viel mittelalterlicher Staub fortgeschafft werden.

— Eine schwere Anklage gegen die Befehlshaber. Ein „Kulturstand“, so überschreibt das Organ der christlichen Eisenbahner (Sitz Eberfeld) einen Artikel in seiner Ausgabe vom 11. April. Unter diesem „zum Himmel schreienden Kulturstand“ versteht das christliche Blatt die Wohnungsnot, und es zitiert das bekannte Wort, daß sich die Kulturhöhe eines Volkes nicht danach bemesse, wie es esse, trinke und sich kleide, sondern wie es wohne. Das Blatt bringt eine Anzahl geradezu erschütternder Beispiele, wie zum Wohnungswechsel am 1. April kinderreiche Familien obdachlos umherirren mußten, nur weil eine zu große Kinderschar den Herren Hausbesitzern nicht angenehm ist. Dasselbe Thema behandelt die Westdeutsche Arbeiterzeitung (Nr. 15 vom 11. April) und sie schließt mit folgenden Worten:

„Wir haben es also herrlich weit gebracht. Wir beklagen auf der einen Seite Geburtenrückgang, Volksverlust, und müssen auf der andern Seite sehen, wie die reichgesegnete Familie sich zerreibt in der Sorge um ein Unterkommen. Das Profitinteresse der Hausbesitzer bringt kinderreiche Familien in verzweifelte Lage. Unter solchen Umständen verliert die bloße moralische Entrüstung an Wert. Wer den Geburtenrückgang und die moralischen Verirrungen, die mit ihm in Verbindung zu stehen pflegen, bekämpfen will, der helfe mit, die Wohnungsfrage für die inlinderbemittelten, kinderreichen Familien zu lösen.“

Ganz gut. Wir sind mit dem katholischen Arbeiterblatt völlig einverstanden. Was aber das Blatt schreibt, ist nicht allein eine Anklage gegen die Regierung, sondern auch gegen seine eigene Partei, die bisher den Hauptschuldigen solcher Zustände

1
 2
 3
 4
 5
 6
 7
 8
 9
 10
 11
 12
 13
 14
 15
 16
 17
 18
 19
 20
 21
 22
 23
 24
 25
 26
 27
 28
 29
 30
 31
 32
 33
 34
 35
 36
 37
 38
 39
 40
 41
 42
 43
 44
 45
 46
 47
 48
 49
 50
 51
 52
 53
 54
 55
 56
 57
 58
 59
 60
 61
 62
 63
 64
 65
 66
 67
 68
 69
 70
 71
 72
 73
 74
 75
 76
 77
 78
 79
 80
 81
 82
 83
 84
 85
 86
 87
 88
 89
 90
 91
 92
 93
 94
 95
 96
 97
 98
 99
 100
 101
 102
 103
 104
 105
 106
 107
 108
 109
 110
 111
 112
 113
 114
 115
 116
 117
 118
 119
 120
 121
 122
 123
 124
 125
 126
 127
 128
 129
 130
 131
 132
 133
 134
 135
 136
 137
 138
 139
 140
 141
 142
 143
 144
 145
 146
 147
 148
 149
 150
 151
 152
 153
 154
 155
 156
 157
 158
 159
 160
 161
 162
 163
 164
 165
 166
 167
 168
 169
 170
 171
 172
 173
 174
 175
 176
 177
 178
 179
 180
 181
 182
 183
 184
 185
 186
 187
 188
 189
 190
 191
 192
 193
 194
 195
 196
 197
 198
 199
 200
 201
 202
 203
 204
 205
 206
 207
 208
 209
 210
 211
 212
 213
 214
 215
 216
 217
 218
 219
 220
 221
 222
 223
 224
 225
 226
 227
 228
 229
 230
 231
 232
 233
 234
 235
 236
 237
 238
 239
 240
 241
 242
 243
 244
 245
 246
 247
 248
 249
 250
 251
 252
 253
 254
 255
 256
 257
 258
 259
 260
 261
 262
 263
 264
 265
 266
 267
 268
 269
 270
 271
 272
 273
 274
 275
 276
 277
 278
 279
 280
 281
 282
 283
 284
 285
 286
 287
 288
 289
 290
 291
 292
 293
 294
 295
 296
 297
 298
 299
 300
 301
 302
 303
 304
 305
 306
 307
 308
 309
 310
 311
 312
 313
 314
 315
 316
 317
 318
 319
 320
 321
 322
 323
 324
 325
 326
 327
 328
 329
 330
 331
 332
 333
 334
 335
 336
 337
 338
 339
 340
 341
 342
 343
 344
 345
 346
 347
 348
 349
 350
 351
 352
 353
 354
 355
 356
 357
 358
 359
 360
 361
 362
 363
 364
 365
 366
 367
 368
 369
 370
 371
 372
 373
 374
 375
 376
 377
 378
 379
 380
 381
 382
 383
 384
 385
 386
 387
 388
 389
 390
 391
 392
 393
 394
 395
 396
 397
 398
 399
 400
 401
 402
 403
 404
 405
 406
 407
 408
 409
 410
 411
 412
 413
 414
 415
 416
 417
 418
 419
 420
 421
 422
 423
 424
 425
 426
 427
 428
 429
 430
 431
 432
 433
 434
 435
 436
 437
 438
 439
 440
 441
 442
 443
 444
 445
 446
 447
 448
 449
 450
 451
 452
 453
 454
 455
 456
 457
 458
 459
 460
 461
 462
 463
 464
 465
 466
 467
 468
 469
 470
 471
 472
 473
 474
 475
 476
 477
 478
 479
 480
 481
 482
 483
 484
 485
 486
 487
 488
 489
 490
 491
 492
 493
 494
 495
 496
 497
 498
 499
 500
 501
 502
 503
 504
 505
 506
 507
 508
 509
 510
 511
 512
 513
 514
 515
 516
 517
 518
 519
 520
 521
 522
 523
 524
 525

wohl kaum hätte träumen lassen, daß er, der konservative Aristokrat, jemals zu solcher Popularität gelangen würde.

— **Lässige Ausländer** — wenn sie nicht in der Landwirtschaft arbeiten. Kürzlich wurde von der Polizei in Halle a. S. ein österreichischer Angehöriger, der sich schon seit Jahren in Deutschland aufhält, ausgewiesen. Jetzt wird bekannt, daß ihm die Polizei, als er nach dem Grund der Ausweisung fragte, geantwortet hat, wenn er Arbeit in der Landwirtschaft annehme, würde die Ausweisung zurückgenommen. Der Ausgewiesene war Uhrmacher und verzichtete selbstverständlich auf die preussische Gastfreundschaft unter der Bedingung, seinen Uhrmacherberuf an den Nagel zu hängen und Ausbeutungsobjekt der Agrarier zu werden.

In Bitterfeld wies man einen ausländischen Arbeiter aus, der am Streik in einer Metallwarenfabrik teilgenommen hatte.

— **Protest gegen die Stilllegung von Zechen.** Der Haus- und Grundbesitzerverein des Ruhrtales beschloß sich am 13. April in Kuppeldreh mit der Stilllegung von Zechen. Es wurde eine Eingabe an die Regierung beschloßen, in der die spekulative Stilllegung von Zechen durch das Kohlenyndikat verurteilt wird. Ferner werden Gesetzesbestimmungen verlangt, durch welche erreicht wird: die Einführung des Betriebszwanges oder das staatliche Vorkaufsrecht, ferner das Recht des Einspruchs der beteiligten Gemeinde gegen nichtberechtigte Stilllegung von Zechen, und Einrichtungen, die den durch unabwendbare Stilllegung bedrohten Gemeinden es ermöglichen, zeitigen neue Erwerbsmöglichkeiten herbeizuführen.

— **Der Stand der nationalliberalen Organisation.** In einem Artikel, der sich mit der Einigung im nationalliberalen Lager beschäftigt, teilt der nationalliberale Reichstagsabgeordnete Böttger mit, daß die nationalliberale Partei gegenwärtig über rund 2000 Vereine mit 280 000 Mitgliedern und über 400 Zeitungen verfüge. Böttger fügt hinzu, daß die nationalliberalen Wähler — und darunter versteht er natürlich auch diese 280 000 Mitglieder — von dem Streik in der Organisationsfrage nicht berührt würden. Allerdings werde die Führung unter den heutigen Verhältnissen immer schwieriger und undenkbarer.

— **Kommunale Maßnahmen gegen die Brotverteilung.** Die Gemeinde Pausa bei Plauen i. S. nahm Verhandlungen auf mit den Bäcker- und Fleischermeistern über die Herabsetzung der Verkaufspreise für Brot und Fleisch. Die Verhandlungen mit der Bäckerinnung verliefen ergebnislos; infolgedessen beschloß die Stadtverwaltung, den Verkauf von Brot selbst in die Hand zu nehmen. Jetzt wird jeden Vormittag im Rathaus reines Roggenbrot das Pfund für etwa 9 Pfennig verkauft, während die Bäckermeister 11 Pfennige fordern.

— **Rückgang der Militärauglichkeit.** Aus neueren Zahlen über die Aushebung der Rekruten ergibt sich, daß der Prozentsatz der Tauglichen weiter abgenommen hat. Er betrug im Jahre 1903 noch 57,1 Prozent, jetzt nur noch 55,5 Prozent; ebenso weist die Rubrik der „künftig Tauglichen“ einen Rückgang auf, und zwar von 14,7 Prozent auf 14,3 Prozent. Zugewonnen haben dagegen die „minder Tauglichen“ von 19,5 Prozent auf 21 Prozent. — Ein, wie uns scheint, willkürlicher Beweis für den gesundheitlichen Rückgang in der deutschen Bevölkerung.

Frankreich

— **Die Kaiserbüste in Paris.** Das W. T. B. meldet: Der deutsche Bildhauer Kerner leitete am Mittwoch dem Bildhauer Mercie, dem Präsidenten der Gesellschaft französischer Künstler, deren Salon am 30. April eröffnet wird, die Büste mit, die Büste Kaiser Wilhelms auszustellen. Mercie erwiderte, daß er dagegen nicht den geringsten Einwand erhebe. Das Mitglied des Ausstellungsausschusses Constant jedoch sprach sich gegen die Zulassung des Kernerischen Werkes aus mit der Begründung, es sei zu befürchten, daß irgend ein Hypothese die Büste beschädigen oder besudeln könnte. Seit Parisien meint in der Donnerstag-Nummer, man könne die Pariser schlecht, wenn man sie einer solchen Tat für fähig halte.

In Paris sieht man so viele, allerdings karikierte Bilder Wilhelms II., daß wir nicht annehmen können, daß bei den Franzosen Empfindungen des Hasses oder des Hornes durch das Kaiserbild wachgerufen werden können. Wer einmal in Frankreich und überhaupt im Auslande war, weiß, daß dort die Gefühle, mit denen man Wilhelms II. gedenkt, alles mehr als ernstes Grinsen verraten.

Schweden

— **Die Wahlen.** Es liegen die Ergebnisse aus sechs weiteren Wahlkreisen vor. Bisher sind gewählt: 46 Mitglieder der Konservativen, 41 Sozialdemokraten, 27 Liberale; die Konservativen gewinnen zehn und verlieren einen Sitz; die Sozialdemokraten gewinnen fünf und verlieren zwei, die Liberale verlieren zwölf Sitze.

Es scheint ausgeschlossen zu sein, daß die Konservativen die Mehrheit erlangen. Bis jetzt sind neun Konservative und drei Sozialdemokraten mehr, zwölf Liberale weniger gewählt. Wenn die Liberalen ohne die Sozialdemokratie keine Mehrheit haben, ist das sehr erfreulich. Je abhängiger die Liberalen von der Sozialdemokratie sind, um so besser!

Neue Hebriden

— **Gemeinsame Herrschaft Frankreichs und Englands.** Die „Neuen Hebriden“, eine Inselgruppe im Stillen Ozean, wurden 1887 durch Vertrag zwischen England und Frankreich als neutrales Land erklärt. Am Mittwoch hat nun die französische Regierung einem englischen Vorschlage zugestimmt, wonach sich beide Regierungen über eine gemeinsame Herrschaft beider Staaten über die Inseln auf einer Konferenz verständigen sollen. Beide Parteien sind jetzt dabei, die Grundlagen und das Ziel der Konferenz sowie die zu behandelnden Materien zu bestimmen. Es ist noch nicht bestimmt, ob die Konferenz in London oder Paris abgehalten werden wird.

Danziger Nachrichten

Ärzte und Gemeinden gegen den gesteigerten Nahrungsmittelwucher.

Die Begehrlichkeit der Agrarier und ihr fortgesetztes Schreien nach dem lächerlichen Zolltarif und erhöhten Zöllen auf Lebensmittel fordert allmählich auch Schlichten der Bevölkerung zum Protest heraus, die sonst den konservativen politisch sehr nahe stehen. Die Ärzte, die in ihrer großen Mehrzahl den Parteien angehören, die die „bewährte“ deutsche Wirtschaftspolitik verteidigen und die agrarische Zollwucherpolitik unterstützen, sehen sich bereits gezwungen, gegen weitere Erhöhungen der Nahrungsmittelzölle Front zu machen. Der Deutsche Landwirtschaftsrat hat, unterstützt von anderen agrarischen Interessengruppen, aus Anlaß der bevorstehenden Zolltarifrevision den Bundesstaaten Vorschläge für die Erhöhung von Zöllen auf wichtige Lebensmittel unterbreitet. In einer süddeutschen ärztlichen Wochenschrift werden deshalb mit aller Entschiedenheit Abwehrmaßnahmen gegen diese drohende weitere Verteuerung der Lebensmittel gefordert. Die Frage der Zollerhöhung wird als eine Gesundheitsfrage bezeichnet. Der Herausgeber der Zeitschrift spricht mit Recht von einer der Bevölkerung drohenden großen Gefahr. In Anbetracht der Schädigungen der Volksgesundheit bezeichnet er die Bestrebungen der Agrarier als gemeingefährlich und als Mord an der Bevölkerung. Er nimmt wohlwollend an, daß die agrarischen Wortführer die Gefahr nicht kennen, in die sie das Volk bringen, denn sonst wäre es von ihnen geradezu unverantwortlich, die Erhöhung von Lebensmittelzöllen auch nur aufzurollen. Der Herr scheint die deutschen Agrarier sehr schlecht zu kennen. Diese haben sich bis jetzt noch nie darum gekümmert, welche Wirkungen ihre Zollwucherpolitik auf die Gesundheit des Volkes hat. Man braucht nur an das Wutgeschrei zu erinnern, in das die Hunter und ihre Presse ausbrachen, als die schwächlichen Maßnahmen der Reichsregierung zur Verringerung der Fleischnot bekannt wurden, dann wird man ohne weiteres erkennen, daß sich die Untereliten nicht im geringsten um die Volksgesundheit kümmern, wenn es sich um Fragen handelt, die die agrarischen Interessen berühren. Die erwähnte Wochenschrift fordert schließlich die Ärzte auf, das Volk über die ihnen durch die agrarische Politik drohende Gefahr aufzuklären. Ob aber diese Aufforderung bei der politischen Stellung der Ärzte einen großen Erfolg haben wird, ist noch sehr zweifelhaft.

Anlaß zu Ihrem Artikel haben der ärztlichen Wochenschrift Verhandlungen im Münchener Gemeindefakultät gegeben. Das Kollegium hat Anfang April einstimmig einen Antrag angenommen, der das Einschreiten der deutschen Städte gegen die geplanten Zölle aus Gesundheitsgründen fordert. Ohne Zweifel haben die Städte auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung große Aufgaben zu erfüllen. Das Vorgehen verschiedener Städte gelegentlich der Fleischverteilung hat ja auch gezeigt, daß die Städteverwaltungen einen gewissen Einfluß ausüben können. Das Beispiel der Münchener Gemeindebevollmächtigten kann deshalb anderen Kollegien zur Beachtung und Nachahmung empfohlen werden. Zur Begründung des Antrages wurde in München vom Referenten ausgeführt, daß nach den Vorschlägen des Landwirtschaftsrates Kartoffel, Blumenkohl, Bohnen Erbsen, Spargel, Gurken, Spinat, Salate, Zwiebeln, Petersilien, die bisher vollständig zollfrei waren, in einem Falle mit 6 Mark (Kartoffel), in den anderen Fällen mit 20 Mark und in drei Fällen mit 30 Mark pro Doppelzentner belegt werden sollen. Und auch das Obst soll zukünftig weit höher verzollt werden. So sollen beispielsweise Äpfel verpackt in Körben, statt wie bisher mit 3,20 Mark bezw. 5 Mark mit 12 Mark, Äpfel, lose verpackt, statt mit 2 Mark mit 2,50 Mark bezw. 5 Mark, Pfirsiche und Aprikosen statt jetzt mit 2 Mark mit 15 bzw. 30 Mark, Kirchen statt mit 1 Mark mit 10 Mark Zoll belegt werden.

Wir führten in Deutschland im Jahre 1912 an Obst und Gemüse 2 180 000 Tonnen im Gesamtwerte von rund 331 Millionen Mark ein, dagegen lediglich 202 7000 Tonnen im Werte von 2½ Millionen Mark aus. Von zwei Ärzten wurde darauf hingewiesen, daß Obst und Gemüse nicht nur wichtige Ergänzungen unserer Nahrung, sondern in hervorragendem Maße Kraftspender seien.

Es wurde betont, daß gemüse- und obstarme Kost zu wenig nährsalzhaltig sei und zu wenig Kalzium, Eisen und Phosphor enthalte. Unter einer gemüsearmen Kost litten Blut- und Knochenbildung und das Nervensystem. Deshalb müsse man für eine Steigerung des Gemüses und vor allem des Obstkonsums eintreten und auf eine Verbilligung dieser wichtigen Lebensmittel hinarbeiten. Obst- und Gemüse seien jetzt schon während eines Teiles des Jahres zu teuer. Sollten jetzt aber durch solche enorme Zollerhöhungen noch weitere Verteuerungen eintreten, so würden weite Kreise des Volkes den Konsum von Gemüse und Obst noch mehr einschränken müssen. Den Genuß von Weintrauben z. B. würden sich überhaupt nur noch reiche Leute leisten können. Es müsse als ein Unglück für das deutsche Volk angesehen werden, wenn die Vorschläge des Landwirtschaftsrates zur Ausfuhr kommen sollten. Von anderer Seite wurden noch die allgemeinen volkswirtschaftlichen Schäden hervorgehoben. Es sei unsinnig, wenn man auf der einen Seite alles mögliche versuche, für einen kräftigen Volksnahrungsmittelwuchs zu sorgen, und auf der anderen der Volksgesundheit durch eine derartige Wirtschaftspolitik so große Schäden zufüge.

Hoffentlich schließen sich recht viele Städte und Gemeinden dem Vorgehen der Münchener Gemeindeverwaltung an, damit auch von dieser Stelle aus der Kampf gegen den Lebensmittelwucher geschlossen aufgenommen wird.

Unbedachter Scherz.

t. Der Schlosser J., der eine Gefängnisstrafe von neun Monaten verbüßt, hängt in der Voltengasse einen Korb in die Telegraphenleitungen. Der Betrieb der Leitung wurde dadurch nicht gestört, nur bei Regenwetter hätte eine Unterbrechung des Fernsprechverkehrs stattfinden können. Der Angeklagte entschuldigte sich mit Trunkenheit und will die Folgen seines Scherzes nicht gekannt haben. Das Gericht verurteilte J. zu einer Zusatzstrafe von einem Monat Gefängnis.

Verfälschungsbetrug.

1. Einen interessanten Einblick in die Geschäftspraktiken der kapitalistischen Versicherungsgesellschaften gestattet eine Strafkammerverhandlung gegen den Kaufmann W. aus Danzig. Die Rothenburger Versicherungsgesellschaft beschuldigte ihn als Vertreter gegen ein Monatsgehalt von 125 Mark und einem Prozent der gemeldeten Versicherungssummen, für diese ungenügende Bezahlung wurden monatliche Versicherungsabschlüsse von 15 000 bis 20 000 Mark verlangt. Bei dem scharfen Wettbewerb in der Versicherungsbranche konnte W. diese Bedingungen nicht erfüllen und wurde gekündigt. Um eine Zurücknahme der Entlassung zu erreichen, fertigte der Angeklagte zwei falsche Versicherungsanträge an. Das Urteil lautete auf zehn Tage Gefängnis wegen schwerer Urkundenfälschung.

1. **Gotteslästerung.** Wegen dieser gewiß nicht alltäglichen Straftat standen zwei Arbeiter aus Danzig vor Gericht. Gleich nach Verlesung des Erkenntnisbeschlusses wurde die Öffentlichkeit ausgeschlossen. Das Urteil wurde öffentlich verkündet. Einem der Angeklagten erkannte das Gericht der Gotteslästerung und Beleidigung für schuldig. Er wandert auf sieben Wochen ins Gefängnis. Der andere Uebeltäter erhielt wegen Beleidigung eine Strafe von 50 Mark.

Wem gehört das Geld? Am 25. Februar d. Js. hat eine unbekante Frau auf dem Fischmarkt bei dem städtischen Marktausschreiber verkehrtlich einen 50 Mark Schein für einen 20 Mark Schein zum Wechseln hingegeben. Der Vertum wurde erst bei der Abrechnung am Mittag desselben Tages bemerkt. Die zum Empfang der überschüssigen 30 Mark Berechnung hat sich bislang nicht gemeldet. Der Betrag ist auf der Gerichtskasse des königlichen Amtsgerichts Danzig hinterlegt.

Nahrungssorgen veranlaßten die 56 jährige Witwe K. aus Langfuhr in der Wechsel den Tod zu suchen. Die Lebensmüde wurde jedoch gerettet und ins Krankenhaus gebracht.

Eine Leiche wurde im Kaiserhafen angeschwemmt. Der Tote ist der 46 Jahre alte Holzarbeiter Ruffing, Spandhaus 4.

Der Rindenzüchterverein für Danzig und Umgebung hielt seine Monatsversammlung im Kaiserhof ab. Trotz der Nähe des Festes waren fast die Hälfte der Mitglieder anwesend. Es ist überhaupt der rege Besuch unserer Monatsversammlungen freudig zu begrüßen, ein Beweis, daß der Rindenzucht reges Interesse entgegengebracht wird. Der Nutzen dieses Zweiges der Rindenzucht bringt in immer weitere Kreise, nicht nur Arbeiter, sondern auch Handwerker, Beamte und Kaufleute melden sich als Mitglieder an. Wir hoffen langsam aber stetig vorzudringen, und so unsere so interessante Zucht, welche die wichtigsten Anforderungen an den Geldbeutel stellt, „Allgemein“ des deutschen Volkes, wie sie es in Frankreich und Belgien schon ist, werden zu sehen. Neu aufgenommen wurden sechs Herren: aus Langfuhr die Herren Schmidt, Baeh, Donath und Groese, Herr Alexander-Obra und Herr Schulz-Danzig. Unser Verein zählt jetzt ca. 80 Mitglieder. Der Landwirtschaftskammer sollen nachstehende Klassen zur Anerkennung vorgeschlagen werden: Weiße Meisen — französische Widder — alle Silber — blaue und weiße Widder — Savanna — Blut on tan. Zum ersten Kassierer wurde Herr Rentier Dominik, Reusfahrwasser gewählt. Die Staatspreise können nicht verteilt werden, da der Verbandsschriftführer, Herr Herrer Specht, verhindert war zu kommen. Zum ersten Vorsitzenden des Verbandes soll Herr Herrer Specht vorgeschlagen werden. Bei der Bewerbung der dritten Klasse erhielt Herr Wächter Dannehl den zweiten Preis für ein Silberfänelchen. Beschlossen wurde, auf Vereinskosten „Mitteln“ anzuschaffen und an die Mitglieder zum Einkaufspreise abzugeben. Die Verteilung übernimmt der Schriftführer Schwanke. Futtermäße stehen bei Herrn Lachewski, Breitgasse 5. Hier 850 Felle wurden vom Verein zum Geben abgehandelt. Nächste Versammlung am 6. Mai.

Danziger Standesamt vom 16. April.

Todesfälle: 1. des Fleischmeisters Franz Kranz, 1 J. 6 M. — Früherer Schneidermeister Friedrich Schinkowski, 88 J. — Lehrerin Anna Diefenbach Johanna Magdalena Jarr, 71 J. 9 M. — T. des Fabrikleiters Michael Beyer, 4 M. — Dienstmädchen Gertrud Naujoks, 20 J. 7 M. — Schornsteinfegergehilfe Karl Ostrow Pflaum, 29 J. 10 M. — Hilfskassenschaffner August Patow, 54 J. 6 M.

Polizeibericht vom 16. April.

1. Verhaftet: 15 Personen, darunter 2 wegen Körperverletzung, 1 wegen Diebstahls, 1 wegen Hausfriedensbruchs, 1 wegen Betrugs, 2 wegen Trunkenheit.
2. Obdachlos: 4 Personen.
3. Gefunden: 1 Korallenohrring; 1 silbernes Gliederarmband, abgehoben aus dem Fundbüro des königlichen Polizeipräsidiums; 1 grauer Damenspelztragen, abgehoben von Herrn Ober-Telegraphenassistent Schaefer, Bischofsplatz 7; 1 zweirädriger Handwagen, abgehoben von Herrn Bahnmüller Westphal, Reichhammerweg 3.
4. Zugelassen: 1 schwarzgrauer Wolfshund, abgehoben von Frau Rosa Fröhlich, Morineweg 6, part.

Gerihtliches

— **Ein Boykottprozeß.** Ueber die Produkte der Nacherer Exportbrauerei war im vorigen Jahre von den Kartellen der christlichen und der freien Gewerkschaften, sowie der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften der Boykott verhängt worden. Die Brauerei wollte ein von allen Nacherer Bierbrauereien bereits anerkannten neuen Lohnsatz nicht akzeptieren und hatte zehn Arbeiter wegen ihrer Zugehörigkeit zur Organisation entlassen. Flugblätter, in denen zum Boykott des Bieres der Brauerei aufgefordert wurde, und worin die Wirte bezeichnet worden waren, die das Bier führten, wurden von der Brauerei als „wahrheitswidrige, aufheißende Darstellungen“ bezeichnet. Die Brauerei erreichte am 17. April 1913 eine einstweilige Gerichtsverfügung, in der eine Strafe von 500 Mark fällig sein sollte, falls die Gewerkschaften weiter zum Boykott des Bieres aufforderten. Als dies dennoch weiter geschah, beantragte die Brauerei beim Gericht die Aufhebung des Boykotts und verlangte die Festsetzung der Höhe einer von den Gewerkschaften nebst 4 Prozent Zinsen zu zahlenden Entschädigungssumme. Demgegenüber beantragten die Gewerkschaften Abweisung der Klage und erbrachten den Beweis für die Berechtigung des Boykotts. Die Brauerei wurde mit ihrer Klage abgewiesen und hat die Kosten des Verfahrens zu tragen.

Hierzu eine Beilage.

Möbel

reell!

Kredit

kulant!

Kredit nach jedem Ort!

Brautleute
erhalten
**Versuchs-
»Garten«!**

Nicolaus Pinda Nachf.

M. Grau

Danzig, Holzmarkt 3-4

Parterre, I., II., III. Etage. Personen-Fahrtstuhl.

Rieser-Auswahl!
Nur
gute Qualität!

Kompl. Wohnungs-Einrichtungen

Eine kombinierte
Wohn- und Schlafstube
und eine Küche

10 Mk.
Anzahlung

Lieferung in jeder Preislage
bei sehr kulantem Zahlungs-
bedingungen!

(200)

Komplettes

Wohnzimmer	von 8 Mk.	Anzahlung
Moderne Küche	10	" "
Schlafzimmer	15	" "
Speisezimmer	20	" "

Gut gearbeitete

Garnituren	von 100 Mk.	an
Schlafsofas	75	" "

Einzelne Möbel von **3** Mk. Anzahlung

Neuheiten in

Damen-Kostümen

" -Paletots

" -Jackets

" -Blusen etc.

Herren-Anzüge

" -Paletots

Anzahlung von

3

Mk. an

**Damen-
Wäsche**

**Dekorationen
jeder Art!**

Zur
Konfirmation:
Kleiderstoffe

1 Kleid 3 Mark Anzahlung

Kon-
firmanden-
Anzüge

von 3 Mark Anzahlung

Verantwortlich für Redaction: Georg Neu. Für Vertrieb: Georg Unterholz. Verlag: Volkswacht S. Oehl u. Co.; sämtliche in Danzig. Druck: Königsberger Volkszeitung, S. m. b. H., Königsberg.